



Angriffe auf öffentlich-rechtliche Medien: Was kümmert das die Kommunikations- wissenschaft?

Eine Debatte mit Beiträgen von Annika Sehl, Barbara Thomaß, Christina Holtz-Bacha, Christoph Neuberger und Leonhard Dobusch.

Inhalte: Avisiert (2), Debatte (3-10), Impressum (10), Aus den Fachgesellschaften (11-13), Notabene (14-15), Wir sind Hanna (16-18), Tagungen (19-21), Neu Erschienen (22-23), Personalien (23), Die Sirenen werden wiederentdeckt (24-25), Interview (26-27)

Zu teuer, zu links, zu grün, zu regierungsnah, zu wenig Meinungsvielfalt, zu viel Seichtes im Programm, zu viel Neusprech? Die Kritik an den öffentlich-rechtlichen Medien in Deutschland ist vielstimmig. Sie stehen politisch in der Kritik; die Art wie sie ihren Informations- und Bildungsauftrag umsetzen wird kritisiert, ihnen wird vorgeworfen, trotz neuer Angebote im Netz die jüngeren Zielgruppen noch zu wenig zu erreichen. Was kümmert dies alles unser Fach, zu dessen Themen auch die Struktur der deutschen Medienlandschaft gehört, fragen wir in diesem Aviso-Schwerpunkt. Welche Analysen und Beiträge leistet die Kommunikationswissenschaft, was sollte sie tun? Annika Sehl legt als Debattenredakteurin darauf den Fokus sowie auf die aktuellen Herausforderungen für ARD, ZDF und Co. In der Debatte plädiert Barbara Thomaß für mehr Auseinandersetzung im Fach mit den Strukturen unserer Rundfunk- und Kommunikationsordnung, ihren normativen Begründungen und funktionalen Berechtigungen. Christina Holtz-Bacha wirft einen kritischen Blick auf die aktuellen Angriffe gegen die BBC. Für Christoph Neuberger ist es höchste Zeit, den öffentlich-rechtlichen Auftrag zu konkretisieren: Wie lassen sich die Werte der liberalen Demokratie in der digitalen Öffentlichkeit verwirklichen? Wo gibt es Hindernisse und noch nicht ausgeschöpfte Potenziale? Auch hier könne unser Fach einen noch stärkeren Beitrag leisten. Leonhard Dobusch zeigt Beispiele aus dem aktuellen Transformationsprozess der Öffentlich-Rechtlichen auf und betont deren Gemeingutcharakter – was auch für die verstärkte Nutzung freier Lizenzen für öffentlich-rechtliche Netzbeiträge spreche.

Neben der Debatte finden sich aktuelle Informationen aus den drei deutschsprachigen Fachgesellschaften DGPUK, ÖGK und SGKM. Das *notabene* von Marlis Prinzing dreht sich um den Wert der Wissenschaftsfreiheit. Manuel Menke und Julia Niemann-Lenz haben einen Beitrag zur #ichbinHanna-Kampagne rund um die prekären Arbeitsbedingungen in der deutschen Wissenschaft beigetragen und schließen damit auch an den „Nachwuchs“-Schwerpunkt aus dem Aviso 1/2020 an. Trotz Corona haben uns Tagungsberichte der Fachgruppen Medienethik, Kommunikation und Politik, Rezeptions- und Wirkungsforschung sowie der Wissenschaftskommunikation erreicht. Neue Fachveröffentlichungen wurden von Stefan Weinacht in der Rubrik *Neu Erschienen* zusammengestellt.

Im Anschluss an die schreckliche Flutkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz in diesem Sommer hat Walter Hömberg in dieser Ausgabe einen Beitrag über Sirenen beigesteuert. Im *Interview* stellt sich Florian Meißner als neu berufener Professor an der Macromedia Hochschule in Köln vor.

Wir wünschen allen viel Spaß bei der Lektüre und einen guten Start ins Wintersemester 2021/2022!

Marlis Prinzing und Saskia Sell

Angriffe auf öffentlich-rechtliche Medien: Was kümmert das die KoWi?

Ein Debattenschwerpunkt von Annika Sehl

Mit Beiträgen von Barbara Thomaß, Christina Holtz-Bacha, Christoph Neuberger
und Leonhard Dobusch

Öffentlich-rechtliche Medien unter Druck

Von Annika Sehl, Universität der Bundeswehr München

Öffentlich-rechtliche Medien stehen in Deutschland, wie in vielen anderen europäischen Ländern, im digitalen Zeitalter unter (Legitimations-)Druck – auch wenn sich diese und ihr Umfeld in verschiedenen Ländern teils stark unterscheiden.

Die Überzeugung, dass es in Deutschland einen unabhängigen, dem Gemeinwohl verpflichteten Rundfunk geben soll, erodiert in Teilen der Gesellschaft. Eine Rolle spielen dabei die zunehmende Polarisierung und vor allem populistische Angriffe von rechts (siehe Sehl, Simon & Picard, 2020; Holtz-Bacha, 2021). Öffentlich-rechtliche Medien berichteten wahlweise zu regierungsnah und/oder zu politisch links, sind häufige Vorwürfe aus dieser Richtung. Tatsächlich zeigen Befragungen, etwa des Reuters Institutes der Universität Oxford in acht europäischen Ländern, dass das Vertrauen in öffentlich-rechtliche Medien in der Gesellschaft insgesamt zwar hoch ist, es aber Unterschiede hinsichtlich politischer Einstellungen gibt. Menschen, die sich selbst rechts der politischen Mitte einordneten, gaben im Allgemeinen in sieben der acht Länder ein geringeres Vertrauen in öffentlich-rechtliche Medien an als solche, die sich in der politischen Mitte oder links davon sahen (Schulz et al., 2019, S. 25). Ebenso war das Vertrauen von Menschen mit populistischen Einstellungen in öffentlich-rechtliche Medien mit der Ausnahme einer

öffentlich-rechtlichen Organisation geringer als das von Menschen ohne solche Überzeugungen (Schulz et al., 2019, S. 28).

Auch Vertreter:innen der marktliberalen Perspektive äußern immer wieder Kritik. In einem digitalen Medienumfeld besteht keine Frequenzknappheit mehr; es gibt eine Vielzahl an Angeboten. Ein Markteingriff sei somit nicht mehr gerechtfertigt, sondern verzerre den Markt für private Anbieter unfair, so ihr Argument. Obwohl oft als These vorgebracht wird, dass öffentlich-rechtliche Medien private Anbieter vom Markt drängten, insbesondere von privaten Medien selbst, gibt es dafür empirisch wenig Belege; für das Fernsehen zeigt sich in einer Studie über alle Länder der Europäischen Union hinweg sogar eher das Gegenteil (Sehl, Fletcher & Picard 2020). Zudem zeigen Analysen zur Vielfalt im Internet, dass eine Vielzahl an Angeboten noch längst nicht bedeutet, dass es sich auch um ein vielfältiges Angebot handelt (z. B. Lobigs & Neuberger, 2018).

Das gewandelte Medienumfeld mit neuen Ausspielplattformen und Anbietern stellt eine weitere zentrale Herausforderung für die einstigen reinen Rundfunkanstalten dar, die nun zu öffentlich-rechtlichen Medien geworden sind. Sie müssen sich im Rahmen ihres Auftrags weiterentwickeln und den digitalen Wandel in ihren eigenen Organisationen zügig vorantreiben, um



Foto: M. Stachowicz/Die Hoffotografen

im Digitalen relevant zu bleiben. Im Zentrum sollten dabei der gesellschaftliche Anspruch und sich wandelnden Anforderungen an öffentlich-rechtliche Medien stehen ebenso wie ein Qualitätsdiskurs, der offen für Veränderungen ist und diese begleitet (siehe Neuberger, 2019). Eine besondere Herausforderung ist dabei das Verhältnis von öffentlich-rechtlichen Medien zu Plattformunternehmen. Während die strategischen Ziele der dem Gemeinwohl verpflichteten öffentlich-rechtlicher Medien und der kommerziell getriebenen Plattformunternehmen oft auseinanderfallen, setzen öffentlich-rechtliche Medien dennoch auf Instagram, Facebook & Co., um insbesondere jüngere und schwer zu erreichende Zielgruppen, die nicht direkt auf das öffentlich-rechtliche Angebot zugreifen, mit ihren Inhalten zu erreichen (Sehl et al., 2018). Gemeinwohlorientierte öffentliche Räume im Digitalen (Thomaß, 2020), aber auch freie Lizenzen (Dobusch, 2019) werden als Alternativen zu den von US-Konzernen gegründeten Plattformen diskutiert.

Öffentlich-rechtliche Medien befinden sich also in schwierigem Fahrwasser, und es deutet wenig daraufhin, dass sich das in Zukunft schnell ändern wird, eher im Gegenteil. Allerdings spricht viel dafür, dass die Leistungen einer unabhängigen, universellen und pluralistischen Berichterstattung, für die der öffentlich-rechtliche Rundfunk einst gegründet wurde, um zu einer individuellen und öffentlichen Meinungsbildung beizutragen, heute in einer zunehmend polarisierten Gesellschaft bei gleichzeitiger Fragmentierung der digitalen Medienlandschaft umso wichtig sind. Dafür sind öffentlich-rechtliche Medien aber auch in der Pflicht, ihren Mehrwert für die Gesellschaft deutlich zu machen, insbesondere auch für junge Menschen, und gemäß ihrem Auftrag ein Angebot für alle Bevölkerungsgruppen bereitzustellen, unabhängig von z. B. Alter, Bildung oder politischer Überzeugung. Vielfältige Positionen müssen – solange sie sich im demokratischen Rahmen bewegen – eingebunden und ausgetauscht werden, damit Meinungsbildung stattfinden kann. Nur wenn das gelingt, können öffentlich-rechtliche Medien ihren Beitrag zur Integration der Gesellschaft

leisten. Die Digitalisierung bietet dazu neben Herausforderungen auch viele neue Potenziale, die es zu nutzen gilt.

Grundsätzlich den Mehrwert eines dualen Systems aus öffentlich-rechtlichen und privaten Medien anzuerkennen, bedeutet aber nicht, dass über Detailfragen beispielsweise zur Weiterentwicklung, den Strukturen der Anstalten, dem Umfang des Angebots oder der Höhe der öffentlichen Finanzierung nicht diskutiert werden kann und sollte. Soll sich die Kommunikationswissenschaft in den politischen und gesellschaftlichen Diskurs zu öffentlich-rechtlichen Medien einbringen? Welche Herausforderungen und Entwicklungsperspektiven sehen Kolleg:innen? Welche Erkenntnisse hat unser Fach für den Diskurs zu bieten?

Diese Fragen werden in den vier folgenden Standpunkten diskutiert: Barbara Thomaß widmet sich in ihrem Standpunkt Angriffen auf öffentlich-rechtliche Medien und argumentiert, dass hier der Kommunikationswissenschaft eine wichtige Rolle zukommt, „weil eine Wissenschaft, die sich um die öffentliche Kommunikation in einer demokratischen Gesellschaft bemüht, hier eine ihrer dringlichsten Aufgaben findet“. Christina Holtz-Bacha beleuchtet insbesondere populistische Angriffe. Sie zieht das Fazit, dass „Reformpläne auf keinen Fall aber denen überlassen bleiben [sollten], die unabhängigen Journalismus nicht aushalten können“. Christoph Neuberger fordert in seinem Standpunkt, dass der digitale Auftrag der Öffentlich-Rechtlichen ausgehend von den Werten einer liberalen Demokratie weitergedacht werden muss – und sieht dabei auch die Kommunikationswissenschaft in der Pflicht, am Diskurs teilzunehmen. Leonhard Dobusch schließlich beschäftigt sich in seinem Standpunkt mit öffentlich-rechtlichen Medien und Plattformen und schlägt freie Lizenzen als „Investition in den Gemeingutcharakter öffentlich-rechtlicher Medien“ vor, um Reichweite bei gleichzeitiger Legitimation zu sichern.

aviso

Literatur

Dobusch, L. (2019). Commons als öffentlich-rechtliche Aufgabe. In ORF (Hrsg.), *Allianzen, Kooperationen, Plattformen: Gemeinwohlorientierte Medienqualität in der Netzwerkgesellschaft* (S. 35-47). ORF. https://zukunft.orf.at/rte/upload/download/2019/jahresstudie_1819.pdf

Holtz-Bacha, C. (2021). The kiss of death: Public service media under right-wing populist attack. *European Journal of Communication*, 36(3), 221–237.

Lobigs, F., & Neuberger, C. (2018). Meinungsmacht im Internet und die Digitalstrategien von Medienunternehmen. Neue Machtverhältnisse trotz expandierender Internet-Geschäfte der traditionellen Massenmedien-Konzerne: Gutachten für die Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK) (Schriftenreihe der Landesmedienanstalten). Vistas.

Neuberger, C. (2019). Öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Qualitätsdiskurs: Substantielle und prozedurale Bestimmung des gesellschaftlichen Mehrwerts. *Media Perspektiven*, 10, 434–443.

Schulz, A., Levy, D. A. L., & Nielsen, R. K. (2019). Old, educated, and politically diverse: The audience of public service news. Reuters Institute for the Study of Journalism.

Sehl, A., Cornia, A., & Nielsen, R. K. (2018). Public service news and social media. Reuters Institute for the Study of Journalism.

Sehl, A., Fletcher, R., & Picard, R. G. (2020). Crowding out: Is there evidence that public service media harm markets? A cross-national comparative analysis of commercial television and online news providers. *European Journal of Communication*, 35(4): 389–409.

Sehl, A., Simon, F. M., & Schroeder, R. (2020). The populist campaigns against European public service media: Hot air or existential threat? *International Communication Gazette*. <https://doi.org/10.1177/1748048520939868>

Thomaß, B. (2020). Public Open Space – der öffentlich-rechtliche Rundfunk als Plattform. *Journal für Rechtspolitik*, 28(2), 95–100.

Dringende und wichtige Aufgaben für die deutsche KoWi

Standpunkt: Barbara Thomaß, Ruhr-Universität Bochum und Leibniz-Instituts für Medienforschung Hans-Bredow-Institut (HBI)

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem jüngsten Urteil zur Rundfunkfinanzierung eindrucksvolle Argumente für die Sicherung öffentlich-rechtlicher Medien, ihrer Unabhängigkeit und vor allen Dingen ihrer Finanzierung abgeliefert. Dabei hat es festgestellt, dass das Land Sachsen-Anhalt gegen Art. 5 GG verstoßen hat, indem es unterlassen hat, der von der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfes angesetzten Erhöhung des Rundfunkbeitrages zuzustimmen. Diese Nichtzustimmung erklärt sich aus massiven Angriffen seitens der AfD auf öffentlich-rechtliche Medien, deren Argumentation auch Teile der CDU im Land Sachsen-Anhalt zustimmten.

Werden hier juristische Feinheiten verhandelt, die nicht in das Feld der Kommunikationswissenschaften fallen? Befinden wir uns in medienpolitischen Niederungen – business as usual in der rundfunkpolitischen Auseinandersetzung, so wie wir sie schon zur Genüge kennen – die wissenschaftlich nicht mehr von Interesse sind? Dies anzunehmen, wäre weit gefehlt. Hinter diesen – teils tagespolitisch

verhandelten – Auseinandersetzungen verbergen sich grundlegende Fragestellungen, wie eine demokratisch legitimierte und der Demokratie dienende Kommunikationsordnung auch in Zukunft aufrecht zu erhalten ist; und dies sind zutiefst kommunikationswissenschaftliche Fragen. Doch es ist leider zu beobachten, dass sich die deutsche Kommunikationswissenschaft nicht durch eine besondere Präsenz in der Beantwortung der damit verbundenen Problemstellungen auszeichnet.

Mit öffentlich-rechtlichen Medien verfügen wir in Deutschland – und auch in vielen anderen Ländern – über eine Rundfunkordnung, die gewährleistet, dass es öffentliche Kommunikation mit öffentlicher Finanzierung, einem öffentlichen Mandat und öffentlicher Kontrolle gibt. Das sind Grundsätze, die von hoher Relevanz sind, auch in die nächste und weitere Zukunft getragen zu werden, die von einem Überangebot an Informationen, aber auch von vielen Fehlentwicklungen gekennzeichnet ist. Das Bundesverfassungsgericht hat diese Notwendigkeit eines unabhängigen öffentlichen Rundfunks



auch in der Zukunft gerade im Angesicht digitaler Überinformation noch einmal ausdrücklich bestätigt.

International sind die Forschungsaktivitäten zu dem Problemkomplex reichhaltiger. Es gibt seit 2001 den Forschungsverbund RIPE (Re-visionary Interpretations of the Public Enterprise), der jetzt in die International Association of Public Media Researchers (IAPMR) überführt worden ist, welche kontinuierlich in enger Kooperation mit Public Service Media Anbietern grundsätzliche und aktuelle Fragen der Entwicklung öffentlicher Medien bearbeitet. Eine Working Group der IAMCR widmet sich public service media; und auch die Euromedia Research Group hat in ihren zahlreichen Publikationen immer wieder den Zusammenhang von public service media und demokratischen Erfordernissen aufgezeigt.

Die Frage, wie eine zukünftige Kommunikationsordnung gestaltet werden kann, die allen Anforderungen der Digitalität gerecht wird, ist gerade in jüngerer Zeit eine Frage, die auch von vielen medienaktivistischen Initiativen kreativ bearbeitet wird. Sie ordnet sich in die größere Problemstellung ein, wie die digitale Sphäre demokratisch, inklusiv, partizipativ und datensicher gestaltet werden kann. Die verschiedenen Initiativen (SDEPS – Shared Digital European Public Sphere, EPOS – European Public Open Spaces, POS – Public Open Spaces, Beyond Platforms Initiative usw.) haben auf der kulturellen, auf der technologischen, auf der ökonomischen und auf der politischen Ebene schon etliche Ideen vorgelegt, die es kommunikationswissenschaftlich zu prüfen, zu untermauern und weiterzuentwickeln gilt.

Es ist auffällig, dass viele Angriffe, die von politischen Parteien, von Verbänden oder tagesaktuellen Medien auf öffentlich-rechtliche Medien getätigt werden, oftmals von einer erschreckenden Unkenntnis oder Ignoranz gegenüber verfassungsmäßigen und medienrechtlichen Vorgaben gekennzeichnet sind. Auch hier liegt ein weites Feld für die Kommunikationswissenschaft, allein das Wissen um die Strukturen der Rundfunkordnung, im weiteren Sinne der Kommunikationsordnung, ihre

normativen Begründungen, aber auch ihre funktionalen Berechtigungen auszuargumentieren und in eine breitere Öffentlichkeit zu tragen.

Angriffe auf die öffentlich-rechtlichen Medien sollten also die Kommunikationswissenschaft aus verschiedenen Gründen kümmern. Zum einen, weil sie genuin kommunikationswissenschaftliche Fragen berühren; zum andern, weil eine Wissenschaft, die sich um die öffentliche Kommunikation in einer demokratischen Gesellschaft bemüht, hier eine ihrer dringlichsten Aufgaben findet.

Debatte – online und diskursoffen

Auch dieser Debattenschwerpunkt wird auf der DGPuK-Seite wieder online gestellt und Mitglieder der DGPuK können sich am Gespräch beteiligen; selbstverständlich entlang von Netiquette und gängigen Regeln der Fairness. Wir freuen uns auf den weiteren Austausch!

Wider die Angriffe auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Standpunkt: Christina Holtz-Bacha, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Abschaffen. Zusammenlegen. Privatisieren. Werbung untersagen. Kontrollieren. Angriffe auf das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem haben Dauerkonjunktur. Das ist so, seitdem die Westalliierten nach dem Krieg den deutschen Rundfunk nach diesem Modell aufbauten und sich so mancher Politiker einen vom Staat unabhängigen Rundfunk nicht vorstellen konnte.

Wann immer Politiker (und seltener Politikerinnen) sich oder Ministerpräsidenten ihr Bundesland schlecht behandelt fühlen, suchen sie den Einfluss auf Strukturen, Personal und Inhalte. Die wichtigsten Einfallstore sind die Beschlüsse über die Finanzierung sowie die Besetzung der Aufsichtsgremien, wobei letzteres wiederum Mitsprache bei wichtigen Personalfragen mit sich bringt. Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, die den politischen Einfluss bei ARD und ZDF hätten zurückdrängen sollen, spornten die Gesetzgeber eher noch an, kreativ Aus- und Umwege zu suchen.

Die Rundfunkgebühr in Frage zu stellen und Erhöhungen zu blockieren ist populär, weil die Gebühr unpopulär ist. In den letzten Jahren haben populistische Parteien dieses Thema für sich erkannt und sehen darin einen Hebel, um – oftmals in einer Allianz mit neo-liberalen Kräften – gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk Stimmung zu machen. Das ist nicht nur in Deutschland so, auch in Österreich ist von einer „Zwangsgebühr“ die Rede; andere Länder wandelten unter dem Druck der Populisten die Gebühr in eine Steuer um, oder der Staatshaushalt kommt direkt für die Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Anstalten auf.

Die aktuellen Bedrohungen um die BBC sollten uns ein Zeichen sein. Schließlich gab die BBC das Vorbild ab für den Wiederaufbau des deutschen Rundfunks nach dem Krieg und verkörpert mit der ausschließlichen Finanzierung durch eine Gebühr und dem Verzicht auf Werbung das ‚reine‘ Modell

des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Schon Margaret Thatcher wollte die Gebühr abschaffen und die BBC aus Werbung finanzieren, scheiterte damit jedoch. Seit einigen Jahren gibt es wieder Angriffe auf die Gebühr. Zunächst sprach sich die Brexit-Partei Ukip vor der Wahl 2015 für die Entkriminalisierung von Gebührenverweigerung aus, was für die BBC unweigerlich zu Einnahmeverlusten führen würde. Schließlich begann Boris Johnson im Wahlkampf 2019 das Finanzierungssystem der BBC in Frage zu stellen, nachdem er mit dem Sender wegen eines Interviews in Streit geraten war, und erwärmte sich ebenfalls für die Entkriminalisierung derjenigen, die die Gebühren nicht zahlen. Mittlerweile ist daraus ein ‚all-out war‘, ein kompromissloser Kampf gegen die BBC geworden, der sich aus der Tory-Regierung und ehemaligen Aktivisten der Leave-Kampagne speist und den Start des neuen Privatsenders GB News begleitet. Die Attacken betreffen gleichermaßen den öffentlichen, aber aus Werbung finanzierten Channel 4, dessen Privatisierung die Regierung betreibt.

Der Fall BBC ist nur ein Beispiel für die Bedrohung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in vielen Ländern Westeuropas, angesichts des Modellcharakters der BBC aber sicher auch das beunruhigendste. Die Angriffe kulminieren zu einer Zeit, in der die Traditionsmedien mit ihren Leistungen in der Pandemiezeit ihren Wert einmal mehr unter Beweis gestellt haben, aber eben auch in einer Phase, in der die öffentliche Aufmerksamkeit durch die Krise abgelenkt ist.

Die Verteidigung des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems, wie sie mit dem „Public Service Media and Public Service Internet Manifesto“ gerade auch von der internationalen kommunikationswissenschaftlichen Scientific Community betrieben wird, verschließt keinesfalls den Blick auf Fehlentwicklungen und manchen Reformbedarf. Für Deutschland könnte das bedeuten, den ‚Sündenfall‘ zu überdenken, der



Foto: FAU

ARD und ZDF bei der Einführung des kommerziellen Rundfunks in den Wettbewerb getrieben und trotz Grundversorgungsauftrag die Quote zu ihrem Maßstab gemacht hat. Da letztere den Grund für die Gebührenfinanzierung der öffentlich-rechtlichen Sender darstellt, ist mehr als misslich, dass der Auftrag bis heute nicht befriedigend definiert ist und in seiner gesellschaftlichen Relevanz unzureichend öffentlich bewusst gemacht wird.

Denjenigen, die sich berufen fühlen, Veränderungen des öffentlich-rechtliche Rundfunks in Deutschland zu fordern, sei die genaue Lektüre der einschlägigen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts empfohlen. Wie die Vorgänge um die BBC zeigen, dürfen Reformpläne auf keinen Fall aber denen überlassen bleiben, die unabhängigen Journalismus nicht aushalten können.

Den Auftrag digital weiterdenken

Standpunkt: Christoph Neuberger, Freie Universität Berlin und Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft



Foto: Weizenbaum-Institut/Herschelmann

In den letzten Monaten ist der Eindruck entstanden, dass es noch nie so schlecht um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk bestellt gewesen ist. Heftige Kritik ist auf die Anstalten eingepresselt: Die Milliarden an Rundfunkbeiträgen würden nicht so eingesetzt, wie es der Auftrag verlangt. Vor allem der Rückzug aus jenen Programmbereichen stand in der Kritik, der seinen Kern bilden soll: Politik, Ausland, Kultur und Bildung. Stattdessen würden zu viel seichte Unterhaltung und Sport gesendet. Wer die öffentliche Wahrnehmung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks schon länger beobachtet, weiß, dass solche Kritik eher der Normalfall als die Ausnahme ist und eingespielten Regeln folgt. Sie sagt oft mehr über die Eigeninteressen der Opponenten als über den Zustand von ARD und ZDF.

Es wäre zudem falsch, in dieser Kritik eine Dauerkrise der Legitimation des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu sehen. Vielmehr ist sie Teil seines Wesens: Als der Gesellschaft verpflichteter Rundfunk muss er sich der öffentlichen Kritik stellen, die dort erhobenen Ansprüche registrieren, Anregungen aufgreifen und sich durch Leistungsnachweise legitimieren. Dieser Qualitätsdiskurs ist für öffentlich-rechtliche Medien ein wichtiges Steuerungsinstrument. Dabei sind nie ganz auflösbare Spannungsverhältnisse

auszutariieren: zwischen dem allgemeinen Publikumsgeschmack einerseits, den Interessen von Minderheiten und Zielgruppen andererseits, zwischen dem Gebot von Vielfalt und Ausgewogenheit („Medium“) einerseits, der eigenen Position zu gesellschaftlichen Fragen („Faktor“) andererseits.

Der Druck auf die Öffentlich-Rechtlichen hat gleichwohl zugenommen. Durch die digitale Konvergenz steht den Anstalten nicht mehr nur der private Rundfunk als Konkurrent gegenüber, sondern auch die Presse, die zumindest in Teilen zu Recht in Anspruch nimmt, ebenfalls für Informationsqualität zu stehen. Netflix und andere Videoplattformen liefern Unterhaltungsqualität.

Für eine Schärfung des öffentlich-rechtlichen Auftrags ist es also höchste Zeit. Die Rundfunkkommission der Länder arbeitet an einem Reformvorschlag, doch die Politik muss sich zurückhalten, wie das Bundesverfassungsgericht in seinem neuen Urteil betont hat: Es hat nicht nur die Blockade Sachsen-Anhalts bei der Erhöhung des Rundfunkbeitrags für unzulässig erklärt, weil sie medienpolitisch motiviert war, sondern auch erklärt, dass der Gesetzgeber den Auftrag „nur in abstrakter Weise festlegen“ darf. Der „Genauigkeit“ seien „Grenzen gesetzt“, weil es den Rundfunkanstalten überlassen bleiben

av

muss, in diesem weiten Rahmen den Auftrag zu konkretisieren.

Hier haben die öffentlich-rechtlichen Anstalten Nachholbedarf, auch wenn ihr Qualitätsmanagement in den letzten Jahren einige Fortschritte gemacht hat. Und hier kann sich die Kommunikationswissenschaft einschalten. Für ein fundiertes Verständnis des Auftrags müssen die Werte der liberalen Demokratie maßgeblich sein: Freiheit, Gleichheit, Sicherheit, Integration, Vielfalt, Verhinderung von Meinungsmacht, Kritik und Kontrolle, Diskurs- und Informationsqualität. „Konkretisieren“ bedeutet: Wie müssen sie in der digitalen Öffentlichkeit verwirklicht werden? Wo gibt es Hindernisse und noch nicht ausgeschöpfte Potenziale?

Beim Übergang vom Gatekeeper- zum Netzwerk-Paradigma ändern sich die erforderlichen Vermittlungsleistungen. „Vermitteln“ bedeutet nicht mehr nur die Produktion und Distribution eigener Programme. Der Auftrag erstreckt sich nun auch auf fremdpubliziertes Material. Das Publikum ist mit einer Fülle an Angeboten

unterschiedlicher Qualität konfrontiert. Kuratieren unterscheidet sich vom klassischen Gatekeeping darin, dass Wegweiser (Empfehlungen) und Warnschilder (Fact-Checking) aufgestellt werden. Auch die Organisation und Moderation öffentlicher Diskurse gewinnt an Bedeutung. Es geht darum, zur Teilnahme zu motivieren und Interaktionen zwischen den Diskutierenden so zu lenken, dass sie deliberativen Ansprüchen genügen. Außerdem soll die Medienkompetenz des Publikums gefördert werden. Dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk wird eine Leitbild- und Innovationsfunktion zugeschrieben: Er soll Standards für Qualität setzen und anderen Anbietern als Vorbild dienen. Schließlich soll er den Qualitätsdiskurs selbst fördern, auch unter Beteiligung des Publikums. Initiativen wie der ARD-Zukunftsdialog oder #meinfersehen2021 des Grimme-Instituts und Christiane Eilders sind dafür wegweisend. Um den Auftrag umzusetzen, muss mit neuen Strukturen experimentiert werden. Dies könnte die größte Herausforderung für die öffentlich-rechtlichen Anstalten sein.

Freie Lizenzen als Investition in die Zukunft öffentlich-rechtlicher Medien

Standpunkt: Leonhard Dobusch, Universität Innsbruck und Momentum Institut, Wien

Angesichts eines Überflusses an Medienangeboten im Internet ist die Legitimation von beitragsfinanzierten, öffentlich-rechtlichen Medien gleich in mehrfacher Hinsicht unter Druck. Traditionelle Begründungen für deren Notwendigkeit wie begrenzte Bandbreiten oder Sendeplätze sind inzwischen endgültig Geschichte. Das vermeintliche Überangebot von Inhalten im Netz verleiht deshalb alten Bestrebungen auftrieb, öffentlich-rechtliche Medien auf „Kernbereiche“ wie Information und (Hoch-)Kultur zusammenzustützen.

Aber selbst jene, die den Mehrwert von demokratisch beauftragten und solidarisch

finanzierten Medien gerade im Zeitalter dominanter kommerzieller Plattformen (an)erkennen, blicken bisweilen mit Skepsis auf öffentlich-rechtliche Digitalangebote. Hermann Rotermund kritisierte beispielsweise, dass sich die öffentlich-rechtlichen Mediatheken zu stark an Streaming-Portalen wie Netflix orientieren. Stattdessen forderte er in einem epd-Gastbeitrag, dass ARD, ZDF und Co. sich am „Modell YouTube“ orientieren, wo „[durch] Kommentare und Uploads eigener Videos von Nutzern eine hierarchiefreie Atmosphäre [entsteht], die mit den technischen Möglichkeiten und den Erwartungen des Publikums übereinstimmt.“



Foto: Info Pertramer



Aber selbst wenn die Öffentlich-Rechtlichen ihre Mediatheken interaktiver gestalten und für Nutzer:inneninhalte öffnen, verglichen mit den großen kommerziellen Plattformen werden die Mediatheken immer Nischenangebote bleiben. Wichtige, idealerweise mittels demokratischer Algorithmen strukturierte Alternativangebote sind aber sicher nicht genug, um dem öffentlich-rechtlichen Auftrag im Zeitalter digitaler Plattformöffentlichkeiten gerecht werden zu können.

Im Bereich der jugendlichen Zielgruppen haben das in Deutschland sowohl die Rundfunkpolitik als auch die öffentlich-rechtlichen Anstalten selbst bereits vor einiger Zeit erkannt und mit dem Jugendangebot „Funk“ reagiert. Das von ARD und ZDF gemeinsam betriebene Angebot verzichtet auf einen linearen Sender und fokussiert fast ausschließlich die Verbreitung über sogenannte „Drittplattformen“. Dieser Ansatz, öffentlich-rechtliche Inhalte über die großen kommerziellen Plattformen wie Facebook, Instagram oder TikTok auszuspielen, ist allerdings auch nicht ohne Tücken. Zwar werden so neue und jüngere Zielgruppen mit öffentlich-rechtlichen Inhalten erreicht, gleichzeitig unterwirft man sich völlig der profitorientierten, primär an Reichweite und Verweildauer ausgerichteten Strukturierung dieser Plattformen – Emotionalisierung und Polarisierung über fragwürdige Empfehlungsalgorithmen inklusive.

Während ARD und ZDF auch jenseits von Funk zunehmend die großen kommerziellen Plattformen mit ihren Inhalten bespielen, bleibt eine weitere Drittplattform bislang noch weitgehend außen vor: die gemeinnützige Online-Enzyklopädie Wikipedia und ihre Schwesterprojekte. Wikipedia und Co. sind nämlich ebenfalls und besonders in jüngeren Zielgruppen reichweitenstark, gleichzeitig aber viel kompatibler mit einem öffentlich-rechtlichem Auftrag und Anspruch. Angesichts dessen stellt sich natürlich die Frage, warum die Öffentlich-Rechtlichen nicht mit ihren Inhalten auf dieser Plattform präsent sind, während sie gleichzeitig ihre Inhalte auf die kommerziellen Plattformen wie YouTube bereitstellen? Gerade

weil eine wesentliche Legitimitätsgrundlage für öffentlich-rechtliche Medien im Digitalzeitalter ihre Finanzierung und Orientierung jenseits von Profitlogiken ist.

Umso erfreulicher ist es, dass das ZDF vor einiger Zeit damit begonnen hat, Videoclips ihrer Dokureihe „Terra X“ unter freien, Wikipedia-kompatiblen Lizenzen zu veröffentlichen. Die Bandbreite reicht von kurzen Erklärstücken bis zu aufwändigen 3D-Rekonstruktionen historischer Gebäude und Städte. Inzwischen sind die Videos in zahlreichen Wikipedia-Artikeln eingebettet und werden alleine dort über eine Million Mal im Monat abgerufen. Diesen Weg gilt es weiterzugehen. Auch wenn freie, Wikipedia-kompatible Lizenzen mit höheren Aufwänden verbunden sein mögen, es ist mit ihnen eine Investition in den Gemeingutcharakter öffentlich-rechtlicher Medien verbunden – und stärkt so deren Reichweite und Legitimation gleichermaßen.

Impressum

Herausgeber:
Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft e.V. (DGPK)

Redaktion:
Marlis Prinzing & Saskia Sell
(beide verantwortlich)
m.prinzing@macromedia.de
saskia.sell@fu-berlin.de
Annika Sehl (Debatte)
Lars Rinsdorf (Vorstand)
Stefan Weinacht (Neu Erschienen)

Lara Jack (Coverzeichnung)

Layout und Gestaltung:
Marlis Prinzing & Saskia Sell

Anzeigenakquise:
Stefan Weinacht

Erscheinungsweise:
Zweimal jährlich

Anschrift der Redaktion:
Hochschule Macromedia
University of Applied Sciences
Lehrstuhl Kommunikationswissenschaft und Journalistik
Prof. Dr. Marlis Prinzing
Brüderstrasse 17, 50667 Köln

Druck:
Print Media Group, Hamm (Auflage: 1270)

AUS DEN FACHGESELLSCHAFTEN



Deutsche Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft e.V.

Aus dem Vorstand

Auch die DGPuK ist gerade im Back-to-Normal-Modus, zumindest was die Tagungsplanung angeht. Unsere nächste Jahrestagung in Hannover 2022 findet aus guten Gründen noch als Hybrid-Format mit einer zentralen digitalen Tagung und dezentralen Workshops in Präsenz an unterschiedlichen Standorten statt. Wir halten diesen Ansatz für robust gegenüber allen Szenarien, die die Delta- Variante des Corona-Virus mit sich bringen kann. Ab 2023 werden wir dann hoffentlich wieder in Präsenz tagen können. Wir freuen uns auf ein Wiedersehen und einen fruchtbaren Austausch an der Universität Bremen 2023, der Universität Erfurt 2024 und dem Leibniz-Institut für Medienforschung | Hans-Bredow-Institut 2025. Wir danken allen drei Organisationsteams für ihr Engagement bei der Vorbereitung und sind gespannt auf die Calls.

Auf den Mitgliederversammlungen in den kommenden Jahren wird uns das Thema Forschungsverbünde weiter begleiten. Hier unterstützen wir einen neuen Ansatz, die Bildung von Forschungsverbünden in unserem Fach zu initiieren. Gerhard Vowe (U Düsseldorf und CAIS Bochum) wird in Zusammenarbeit mit Carina Weinmann (Düsseldorf), Bernd Blöbaum (Münster) und Andreas Hepp (Bremen) im Februar 2022 ein „Inkubator-Meeting“ durchführen. Mit dem Treffen wird ein personenorientierter Ansatz gewählt, d. h. es werden gezielt diejenigen Personen angesprochen und miteinander in Verbindung gebracht, die aufgrund ihrer Vorerfahrung in Verbundprojekten für DFG-Verbünde verantwortlich zeichnen könnten. Dass unser Fach das Potenzial hat, erfolgreich Verbundanträge zu stellen, zeigt sich aktuell an der Ausschreibung der VW-Stiftung „Wissenschaftskommunikation hoch drei – Zentren für Wissenschaftskommunikationsforschung“. Es wurden 27 Anträge von Konsortien mit 500 Einzelpersonen aus 300 Organisationen eingereicht. Kollegen aus unserem Fach sind an zwei der vier geförderten

Anträge führend beteiligt, und zwar zu „Planetary Health“ und „Science Communication Research“. Glückwunsch an Hans-Bernd Brosius (München) und Holger Wormer (Dortmund)! Aber auch Dank an alle anderen Kolleg*innen, die sich an der Ausschreibung beteiligt haben.

Erfolge in der Projektförderung dürfen allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass es wissenschaftspolitisch nach wie vor einige strukturelle Probleme zu bearbeiten gilt, gerade bezogen auf den akademischen Mittelbau. Wir haben als DGPuK in den vergangenen Monaten dazu einige Stellungnahmen veröffentlicht, u.a. mit unseren Partnergesellschaften aus Österreich und der Schweiz, das Thema mit unseren Kolleg*innen aus Frankreich auf einem Panel der SFSIC-Jahrestagung vertieft und uns an einer Erklärung zahlreicher Wissenschaftsverbände zur Prekarität wissenschaftlicher Laufbahnen beteiligt, die der Bundesbildungsministerin Anja Karliczek übermittelt wurde.

In der Mittelbauvertretung gibt es einen Wechsel: In der DGPuK haben in den vergangenen Jahren Julia Niemann-Lenz (Hannover) und Manuel Menke (Kopenhagen) mit großem Einsatz die Interessen des akademischen Mittelbaus vertreten. Die beiden geben das Amt nun ab. Wir möchten uns als Vorstand herzlich für ihr Engagement und die gute Zusammenarbeit bedanken. Gleichzeitig gratulieren wir den neuen Sprecher*innen, Elena Link (Hannover) und Alexander Rihl (Potsdam), herzlich zur Wahl und freuen uns auf die Zusammenarbeit.

Julia Niemann-Lenz ist direkt in ein neues DGPuK-Projekt involviert, die AG Computational Communication Science (CCS) in der Lehre. Die AG ist bereits seit März 2020 aktiv. Ziele sind der gegenseitige Austausch und die gemeinschaftliche Arbeit an der Strukturierung der Lehrinhalte für CCS. Das Thema Forschungsinfrastrukturen beschäftigt uns im Vorstand auch an anderer Stelle weiter: Wir begleiten die Aktivitäten des RatSWD im Bereich der unstrukturierten Daten. Mehrere Mitglieder werden ihre kommunikationswissenschaftliche Perspektive in einen Workshop des RatSWD im Oktober einbringen, in dem Empfehlungen zur Erhebung und Verfügbarmachung unstrukturierter Daten entwickelt werden sollen.

Lars Rinsdorf

Österreichische Gesellschaft für
Kommunikationswissenschaft
Austrian Society of Communication



liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hoffen, die Sommermonate boten für Sie und Euch zumindest eine kleine digitale Auszeit nach einer immer noch recht bewegten ersten Jahreshälfte.

Bewegt und dynamisch ging es in den vergangenen Monaten auch in der ÖGK zu, insbesondere personell: Im Zuge der Generalversammlung während der äußerst erfolgreichen und inspirierenden DACH21-Tagung im April wurde ein neuer Vorstand (wieder) gewählt und personell aufgestockt. Die Mitglieder des nunmehrigen Vorstands stellen wir weiter unten vor. Zuvor bedanken wir uns ganz herzlich bei Thomas Steinmaurer für seine langjährige Tätigkeit in der ÖGK. Die ÖGK wird sich auch weiterhin insbesondere für die Förderung des wissenschaftlichen Mittelbaus einsetzen und sich in die Initiierung von Forschungs- und Lehrkooperationen einbringen. Als eine seiner ersten Aktivitäten stellt der frisch gewählte Vorstand beispielsweise die ÖGK-Forschungsförderung gerade auf neue Beine.

Irmgard Wetzstein, Corinna Peil und Franzisca Weder

Neu gewählter ÖGK-Vorstand

Nicht weniger als zwölf sowohl neue als auch bewährte Gesichter in Klagenfurt, Salzburg und Wien bilden den neu gewählten ÖGK-Vorstand. Damit ist für Erfahrungsreichtum und routinierte Abläufe ebenso gesorgt wie für frischen Wind:

Wie gehabt hat **Franzisca Weder** (University of Queensland/AAU Klagenfurt) den Vorsitz inne. Als ihre Stellvertreterinnen unterstützen sie **Irmgard Wetzstein** vom Wiener Institut (neu im ÖGK-Vorstand) und **Corinna Peil** in Salzburg (bisherige ÖGK-Geschäftsführerin). **Caroline Elisabeth Roth-Ebner** (AAU Klagenfurt) hat die Geschäftsführungsagenden neu übernommen. Neu dazugekommen ist auch **Stefan Gadringer** (Universität Salzburg) als Kassier. **Matthias Wieser** (AAU Klagenfurt) übernimmt nach anderen Funktionen in der ÖGK nun die Schriftführung. In bewährter Weise kümmert sich **Christian Oggolder** (AAU Klagenfurt/ÖAW Wien) um die Website, unterstützt wird er dabei neuerdings

von **Tales Tomaz** (Universität Salzburg). **Roland Holzinger** (Universität Salzburg) bleibt als Nachwuchssprecher erhalten. Mit **Petra Herczeg**, **Daniel Nölleke** (beide Universität Wien) und **Jens Seiffert-Brockmann** (Wirtschaftsuniversität Wien) wird auch das MedienJournal in gewohnter Konstellation weitergeführt.

Neuigkeiten in aller Kürze

Mit Beginn des Wintersemesters 2021 tritt (in Österreich) die Novelle des Universitätsgesetzes 2002 und des Hochschulgesetzes 2005 in Kraft. Neben studienrechtlichen Neuerungen, die für Studierende ab dem Studienjahr 2022 eine Mindeststudienleistung von 16 ECTS-Punkten in den ersten vier Semestern definieren, wird im Rahmen der UG-Novelle derzeit vor allem die festgelegte Neuregelung des § 109 breit diskutiert, die den Umgang mit befristeten Arbeitsverhältnissen im wissenschaftlichen und künstlerischen Bereich betrifft: War die Höchstbefristungsdauer an einer Universität bisher auf acht ununterbrochen aufeinander folgende Jahre begrenzt, wird die maximale Beschäftigungszeit von acht Jahren nun ungeachtet von Unterbrechungen der wissenschaftlichen Tätigkeit für eine bestimmte Universität auf die gesamte Lebenszeit gerechnet. Anders als bisher werden Praedoc-Zeiten (für maximal vier Jahre) in die Höchstbefristungsdauer nicht eingerechnet. Als ÖGK werde wir die Konsequenzen der Neuregelung für Jungwissenschaftlerinnen und Jungwissenschaftler, insbesondere für die zahlreichen Postdocs unseres Fachs auf befristeten Stellen, kritisch verfolgen. Das österreichische Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung sieht die Gesetzesnovelle naturgemäß positiv und stellt unter <https://www.bmbwf.gv.at/Themen/HS-Uni/Hochschulsystem/Gesetzliche-Grundlagen/UG-Novelle-2021-faq.html> Informationen dazu bereit.

Die aktuelle Ausgabe des MedienJournals „Materialitäten des Digitalen“ (Bd. 45, Nr. 1) ist erschienen; ÖGK-Mitglieder erhalten das MedienJournal wie gewohnt per Post, alle anderen können sich unter <http://ejournals.facultas.at/index.php/medienjournal/issue/view/226> ein Bild machen. Die kommende Ausgabe des MedienJournals erscheint in Kürze und steht im Zeichen medien- und kommunikationswissenschaftlicher Forschung zur Covid-19-Pandemie. Vorschläge für Special Issues sowie Einzel-Beiträge sind sehr willkommen.

Wir gratulieren

Elisabeth Klaus, Professorin des Fachbereichs Kommunikationswissenschaft i.R. an der Universität Salzburg, Leiterin der interuniversitären Einrichtung Wissenschaft und Kunst und langjähriges ÖGK-Mitglied wurde im April der Teresa Award der ICA Feminist Scholarship Division für ihre Leistungen im Bereich feministischer Forschung in der Kommunikationswissenschaft verliehen. Wir gratulieren ihr sehr herzlich!



SGKM
Schweizerische Gesellschaft
für Kommunikations-
und Medienwissenschaft

SSCM
Société suisse des sciences
de la communication
et des médias

SSCM
Società svizzera di scienze
della comunicazione
e dei media

SACM
Swiss Association
of Communication and
Media Research


Member of the Swiss Academy
of Humanities and Social Sciences
www.sagw.ch

Von der SGKM preisgekrönte Dissertation: **Populist Online Communication: Interactions among Politicians, Journalists, and Citizens**

Der Aufstieg populistischer Akteure wird oft mit derer erfolgreichen Nutzung digitaler Medien in Verbindung gebracht. Dennoch gab es lange kaum Forschung zu populistischer Online-Kommunikation. Um diese Forschungslücke zu schließen, erforscht diese Dissertation (1) die Triebkräfte populistischer Kommunikation in der Selbstdarstellung von Politiker:innen auf Social-Media, (2) in der Berichterstattung auf Nachrichten-Websites und (3) deren Effekte auf das Verhalten der Bürger:innen in Form von Nutzerreaktionen und Lesercommentaren. Die Arbeit zeigt, dass populistische Online-Kommunikation bei den Bürger:innen auf Resonanz stößt und von ihnen multipliziert wird. Getrieben wird diese Kommunikation jedoch durch wechselseitige Interaktionen zwischen Politiker:innen, Journalist:innen und Bürger:innen. Durch die Analyse von Interaktionen der drei Akteursgruppen auf Grundlage eines Multi-Methoden-Ansatzes wird die Angebots- und der Nachfrageseite des Populismus miteinander verbunden und es werden Einflussfaktoren auf der Makro-, Meso- und Mikroebene identifiziert.

Sina Blassig (IKMZ Zürich)

Schweizweite Befragung des akademischen Mittelbaus

Unter dem Hashtag #IchbinHanna berichten Wissenschaftler:innen über Länder hinweg in den sozialen Netzwerken aus ihrem Arbeitsalltag. Publikationsdruck, unbezahlte Überstunden, Zukunftsangst wegen befristeten Stellen und die Abhängigkeit von Betreuer:innen/Vorgesetzten sind die zentralen Narrative der Diskussion. Diese Debatte nimmt

auch in der Schweiz an Fahrt auf: Eine Gruppe von Mittelbauorganisationen lancierte im Oktober 2020 eine Petition an die Bundesversammlung, der Schweizer Bundesrat bezog im Februar 2021 dazu Stellung. Der «Bereich Nachwuchs» falle in die Zuständigkeit der Hochschulen, die Nachwuchsförderung bleibe aber für den Bundesrat eine strategische Priorität. Die Diskussion im Nationalrat wurde vom März 2021 bis auf weiteres verschoben. Die SGKM-Mittelbausprecherinnen nehmen dies zum Anlass einer schweizweiten **Untersuchung des akademischen Mittelbaus** in der Kommunikations- und Medienwissenschaft. Ziel ist es, tiefere Einblicke in die berufliche Situation zu erlangen sowie relevante und potenziell konfliktbehaftete Themen und damit zusammenhängende Erwartungen zu beleuchten. Beweggründe für und gegen eine wissenschaftliche Karriere, die Bedeutung von Nachwuchsförderung und mögliche Unterschiede zwischen Frauen und Männern, Hochschulformen und den Schweizer Sprachregionen sollen ebenso analysiert werden. Geplant sind Fokusgruppendifkussionen und darauf aufbauend eine Befragung von Mittelbauangehörigen. Die Untersuchung wird von der SGKM und der SAGW (Schweizerische Akademie der Geisteswissenschaften) unterstützt und voraussichtlich Mitte 2022 abgeschlossen sein

Sarah Marschlich (Mittelbauvertreterin IKMZ Zürich)

Neuigkeiten zu SComS – Studies in Communication Sciences

SComS hat Anfang Juni das Heft 21(1) veröffentlicht, das u. a. eine Thematic Section zu «Visibility in the digital age» enthält (Gastherausgeberinnen: Cornelia Brantner und Helena Stehle). SComS erscheint nun bereits fünf Jahre im Open Access und wurde kürzlich in das Directory of Open Access Journals (DOAJ) aufgenommen. Neben der Möglichkeit, jederzeit Beiträge für die General Section einzureichen, gibt es aktuell zwei neue Call for Papers für die Thematic Sections der kommenden Hefte. Silke Fürst, Daniel Vogler, Isabel Sörensen und Mike S. Schäfer laden zu Beiträgen zum Thema «Changes in communication in, from, and about higher education institutions» ein. Die Einreichungsfrist ist der 12. Dezember 2021. Zur Einreichung von Beiträgen laden auch Erik Koenen, Arne L. Gellrich, Christian Schwarzenegger, Stefanie Averbek-Lietz und Astrid Blome ein: «Historizing international organizations and their communication – Institutions, practices, changes». Die Frist für Einreichungen zu diesem Thema ist der 30. Januar 2022. Beide Call for Papers finden sich auf der SComS-Webseite: <https://www.hope.uzh.ch/scoms/cfp>

Silke Fürst (IKMZ Zürich)

Gemeinsam gegen Druck und für Aufklärung

von Marlis Prinzing

Die Freiheit der Wissenschaft in Deutschland steht massiv unter Druck. Fachübergreifend. Ökonomisch, politisch, juristisch. Von außen und innen; letzteres illustrieren Begriffe wie „Cancel Culture“ oder „Safe Spaces“. Wir dürfen (und müssen) uns diesem Druck nicht ausliefern.

1 Incentivierung freier Forschung mildert ökonomischen Druck

Der Anspruch an die Wissenschaft, ökonomisch verwertbare, zumindest aber gut anwendbare oder nutzbare Befunde zu liefern, ist sinnvoll. Es muss uns aber alarmieren, wenn bedeutsame Forschungsfragen u.a. liegenbleiben, weil für sie keine Drittmittel gewonnen werden. Oder wenn wissenschaftlicher Erkenntnisgewinn unter einen Zeitdruck gesetzt wird, der kaum Platz zum Nachdenken über inhaltliche Fragen lässt. Immer wieder bedauern Wissenschaftler:innen, dass sie Forschungsfragen strategischen und nachfragegetriebenen Überlegungen unterordnen müssen, dass sie immer häufiger Wissen als Dienstleistung zu liefern haben. Die politisch gewollte, konzertierte Kraftinvestition in die Impfstoffentwicklung ist für Krisen zwar wichtig, aber das dahintersteckende Prinzip darf kein Generalprinzip sein. Notabene: Viele bahnbrechende Entdeckungen entstanden durch zufällige Beobachtungen, über Umwege oder Irrwege. Forschung, die vor allem kalkulierbar sein und sich rechnen soll, lässt keinen Platz für eine erkenntnisorientierte Haltung, obwohl diese uns vielerlei Durchbrüche beschert hat. Wir brauchen ein Anreizsystem in der Wissenschaft, das mehr freie Forschung ermöglicht.

2 Regulierung als Schlüssel für den Zugang zu forschungsrelevanten Daten

Ökonomische Macht verhindert den Zugang zu Daten, die helfen würden, Risiken für uns alle besser einschätzen zu können. Algorithmische Entscheidungen von Social Media-Plattformen und ihren global agierenden Betreibern beeinflussen unsere Öffentlichkeit, unser soziales und politisches Miteinander, unsere Selbstbestimmtheit und unser Gemeinwohl. Welche langfristigen gesellschaftlichen Folgen haben diese Mechanismen und Praktiken? Inwiefern verändern sie die politische Meinungsbildung,

die politische Sozialisation, die sozialen Beziehungen, die Gemeinwohlbereitschaft? Um Antworten zu finden und Funktionsweise sowie Wirkung der Algorithmen besser zu verstehen, verlangen Forschende seit langem Datenzugänge. Doch offenbar müssen diese erzwungen werden. Der Digital Services Act-Entwurf der Europäischen Kommission sieht für sich, für nationale Aufsichtsinstanzen und für Forscher:innen auf Antrag Zugänge zu Daten vor, durch die man „systemische Risiken“ untersuchen kann: dazu zählen z. B. Fragen nach der Einschränkung bestimmter Grundrechte (u.a. Meinungs- und Informationsfreiheit, Recht auf Privatsphäre, Kinderrechte, Verbot der Diskriminierung) und Fragen zur Verbreitung verbotener Inhalte und zum zivilgesellschaftlichen Diskurs im Zusammenhang mit Wahlen und öffentlicher Sicherheit. Die Antragstellenden müssen akademischen Einrichtungen angehören, von kommerziellen Interessen unabhängig sein, Datensicherheit und Vertraulichkeit zusichern. Forschende zivilgesellschaftlicher Organisationen wie die Nichtregierungsorganisation Algorithmwatch versuchen alternative Wege, geraten damit aber auch unter Druck, der wiederum belegt, wie dringlich Zugänge zu forschungsrelevanten Daten verbindlich geregelt werden müssen. Algorithmwatch bat um Datenspenden für eine Studie zur Funktionsweise von Instagram. 1500 Freiwillige installierten ein Browser-Add-on, welches die Daten aus ihren Instagram Newsfeeds an die Algorithm Watch-Datenbank sendete. „Instagram-Mutter“ Facebook setzte daraufhin die NGO unter Druck mit dem Hinweis, dieses Vorgehen verstoße gegen die Nutzungsbedingungen der Plattform, und erreichte kürzlich den Stopp der Studie.

3 „Beforschtenschutz“ als Privileg wappnet gegen juristischen Druck

Die Erfahrung des Erlanger Rechtspsychologen Mark Stemmler lässt ebenfalls aufhorchen. Er hat für eine Studie

über Radikalisierung im Gefängnis Interviews mit einem mutmaßlichen Islamisten geführt. Die Generalstaatsanwaltschaft München zwang ihn, die Aufnahme herauszugeben, weil diese für die Aufklärung eines schweren Verbrechens nötig sei. Stemmler reichte im September 2020 dagegen Verfassungsbeschwerde ein. Er argumentiert, dass für seine Forschungen Voraussetzung sei, den Betroffenen Verschwiegenheit zu garantieren. Offenbar benötigen Wissenschaftler:innen in manchen Situationen ein Journalist:innen vergleichbares Privileg, ihre „Informanten“ nicht preisgeben zu müssen, also ein Zeugnisverweigerungsrecht, um frei forschen zu können, eine Art „Beforschtenschutz“.

4 Druck zum Thema machen, stärkt die Angegriffenen
Populistische Strömungen haben insbesondere in sozialen Medien einen Nährboden gefunden, wo wissenschaftliche Erkenntnisse zunehmend angezweifelt werden. Die Furcht, dort ins Zentrum eines Shitstorms zu geraten, hält manchen ab, öffentlich über strittige Forschungsthemen zu sprechen; doch Druck einfach hinzunehmen, stärkt die Angreifer. Das betrifft auch die Kommunikationswissenschaft. Bestimmte Themen geraten rasch ins Fadenkreuz: Studien zum Populismus, zu Genderfragen, zur Berichterstattung über die Pandemie. Es soll Hochschulleitungen geben, die empfehlen, kritische Befunde auch aus Rücksicht auf die Hochschulreputation lieber nicht breit zu veröffentlichen, sondern nur in der Fachgemeinschaft. Der Druck auf Wissenschaft wird allmählich auch thematisiert, z. B. im April bei der DACH-21-Tagung in Zürich. Aber dies müsste öfter und systematischer erfolgen. Als Rückenstärkung für Betroffene und auch als Signal, dass sie gegenüber solchen Attacken nicht allein dastehen.

5 Die Haltung der Aufklärung hilft gegen eine „Cancel Culture“, die mit „politischer Korrektheit“ den sachgerechten Diskurs massiv unter Druck setzt.

In den USA und in Großbritannien verlangen Studierende „Safe Spaces“, also Räume, die sie davor bewahren, mit unbequemen Themen in Kontakt zu kommen. Ich stelle nicht in Abrede, dass Menschen, die Traumatisierendes erlebten, schmerzhaft getriggert werden können. Problematisch wird es aber, wenn die rationale Debatte Empfindlichkeiten weicht, und die Annahme, ein Thema verletze die Gefühle einer bestimmten Gruppe, zum Grund wird, es gar nicht anzufassen. Der Begriff „Cancel Culture“ zeigt das Dilemma auf: Die Überzeugung vor sich hertragend, es gehe ihnen um politische Korrektheit, formieren sich ausgerechnet an Universitäten Gruppen, die die Denk-, Debatten- und

Meinungsfreiheit einschränken wollen und „Löschen“ oder „Ausgrenzen“ zur Kulturtechnik erheben. Personen, deren Positionen einem nicht gefallen, werden in Schubladen gesteckt (Rassist, Sexist etc.), niedergeschrien wie an der Uni Hamburg AfD-Gründer Bernd Lucke, verbal vom Hof gejagt wie in Berlin der Politikwissenschaftler Herfried Münkler. In Frankfurt warfen Studierende der Islamwissenschaftlerin Susanne Schröter „antimuslimischen Rassismus“ vor und wollten deren kontroverse Tagung rund um das Kopftuch als religiöses Symbol verhindern.

Solcherlei Übergriffen muss entschieden die Idee der Aufklärung entgegengehalten werden, wonach wir offen reflektieren und fragen, Positionen überdenken, Irrtümer zugeben sollen und dürfen. Aufklärung und damit eine freie, demokratische Gesellschaft lebt vom Widerspruch. Wir müssen die Meinungen anderer aushalten und ihnen wo nötig entgegentreten. Wir müssen sachliche Kontroversen über Forschungsfragen von ideologischen Scharmützeln unterscheiden können.

Was tun?

Wissenschaftsfreiheit ist ein Grundrecht. Um es zu schützen, braucht es Seismografen vor allem in Politik und Forschungsgemeinschaft. Ein Beispiel ist die von Bundeswissenschaftsministerin Anja Karlicek im März 2021 in der EU initiierte „Bonner Erklärung zur Forschungsfreiheit“. Sie sieht sie als Signal für das Wertefundament des europäischen Forschungsraums. Die Beschimpfungen und Bedrohungen von Forschenden, die sich mit Fragen rund um Corona befassen, zeigten, wie wichtig es sei, dem Druck entgegen zu treten und nicht zuzulassen, dass Wissenschaftler:innen mundtot gemacht werden. Die Hochschulrektorenkonferenz unterstützt das von der Ministerin vorgeschlagene Monitoring der Wissenschaftsfreiheit. Die Allianz der Wissenschaftsorganisationen sieht in der Stärkung der Freiheit und Ergebnisoffenheit der Forschung durch den Abbau administrativer Hürden eine Kernaufgabe der nächsten Bundesregierung. Wissenschaftler:innen diverser Fachdisziplinen verbanden sich im Februar 2021 im „Netzwerk Wissenschaftsfreiheit“ gegen Cancel-Culture und Konformitätsdruck. Auch in unserem Fach können sich manche nicht vorstellen, welche Übergriffe, welchen Druck einige ihrer Kolleg:innen erleben. Der Hass bringt nicht voran. Die Kontroverse indes ist ein wichtiger Treiber, um voranzukommen – auch in der Frage, wie wir uns unsere Wissenschaftsgesellschaft vorstellen.

Die Allianz der Wissenschaftsorganisationen
<https://wissenschaftsfreiheit.de/>; https://www.wissenschaftsrat.de/download/2021/Allianz_PoPa_BT-Wahl_090621.pdf?_blob=publicationFile&v=8
<https://www.netzwerk-wissenschaftsfreiheit.de/>

Wir sind Hanna: Gehört zu werden, kann nur der Anfang sein

Manuel Menke & Julia Niemann-Lenz

Es brauchte mit #IchBinHanna ein „Twitter-Gewitter“ an Betroffenenberichten aus dem Mittelbau aller Wissenschaftsbereiche, wie Kai Gehring (Bündnis 90/Die Grünen) es in einer aktuellen Stunde im Bundestag nannte, damit die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Anja Karliczek (CDU), Stellung zu den weitreichenden Belastungen für Wissenschaftler*innen im Wissenschaftssystem bezog. Ausgangspunkt des Gewitters war ein bereits 2018 erschienenes und mittlerweile gelöscht Erklärvideo auf der Webseite des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), in dem am Beispiel der fiktiven Wissenschaftlerin Hanna argumentiert wurde, dass das Sonderbefristungsrecht im Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) innovationsfördernd sei, weil es für „Fluktuation“ Sorge und verhindere, dass „eine Generation alle Stellen verstopft.“ Für uns macht das Video

erneut deutlich, dass das Gesetz lediglich die Qualifizierung in einem Durchlauferhitzer im Blick hat, dabei nicht hinreichend zwischen den Karrierestufen von Prä- und Postdocs unterscheidet und gezielt auf Befristung setzt, um den Mittelbau kontinuierlich auszutauschen. – Ungeachtet dessen, dass dieser Kompetenzen erwirbt, die zur Bewältigung der Daueraufgaben in Forschung und Lehre essenziell sind und die gleichzeitig wenig für den außeruniversitären Arbeitsmarkt qualifizieren. Bei der Durchsicht der mehr als 75.000 Tweets unter #IchBinHanna (Stand Juni 2021) finden sich unzählige Schilderungen von prekären Arbeitsbedingungen sowie Karrieren, die trotz exzellenter CVs ins Nichts zu laufen drohen und das bei horrenden Opfern in der persönlichen Lebensplanung (z. B. Familie, Wohnort, Freizeit und Gesundheit).



Screenshots des Erklärvideos „Wozu dient das Wissenschaftszeitvertragsgesetz?“ von der Webseite des BMBF

Die Bundesministerin bleibt auch im Anschluss an diese Schilderungen von Wissenschaftler*innen und Protesten von Fachgesellschaften, Gewerkschaften und einigen Parteien in ihrem Redebeitrag in der aktuellen Stunde im Bundestag dabei: „Das sind zum Teil schwierige Situationen, in denen die Autorinnen und Autoren stecken, für die sie ihren Umgang finden müssen, ihren Weg, auch ihre Form, diese Herausforderung zu meistern. Die Frage ist aber: Liegt das an dem Gesetz, auf das Sie sich gerade alle stürzen?

(...) Da sage ich ganz klar: Nein, das tut es nicht. Das Gesetz wird zum Sündenbock.“ Auch an anderer Stelle argumentiert die Bundesministerin, dass die Verantwortung bei den Wissenschaftler*innen liege, die sich auf eine Karriere einließen, die an der Spitze nur Platz für die Besten habe und viele vielmehr aufgrund von Selbstüberschätzung ihrer wissenschaftlichen Fähigkeiten in eine Sackgasse liefen. Das Wissenschaftssystem, so die Bundesministerin im Gespräch bei einer Veranstaltung des BMBF, müsse flexibel bleiben,

weshalb sie, anstatt das Gesetz zu ändern, den Betroffenen zu einem Gespräch mit Betreuer*innen rate, die eine realistischere Außenperspektive auf die eigenen Karrierechancen geben könnten. Damit nährt sie den Mythos, man müsse nur gut genug sein und planen, um es auf eine Dauerstelle zu schaffen, und wälzt die Verantwortung für das Versagen des Systems auf den Einzelnen ab. Dies wirkt angesichts der prekären Stellen und des Workloads mit dem der befristete Mittelbau Wissenschaft und Lehre am Laufen hält,



Merja Mahrt @mahrt_m · Jun 11

„Hanna weiß, dass man eine Karriere in der Wissenschaft frühzeitig planen muss“??? Weiß nicht, ob ich lachen oder weinen soll. Planen kann man da gar nichts, vor allem nicht langfristig. Es kommt sehr auf Gelegenheiten und Zufall an #IchbinHanna

geradezu zynisch. Wie auch der BMBF-Staatssekretär Wolf-Dieter Lukas in einem Reaktionsvideo auf #IchBinHanna am 13. Juni klarstellte, ist man beim BMBF weiterhin der Überzeugung, dass das System den gewünschten Effekt hat, weil selbst der Großteil der Postdocs überhaupt nicht in der Wissenschaft bleiben soll. Die Verantwortung für die daraus resultierenden Probleme schieben sich Ministerium, Länder und Hochschulen seit Jahren gegenseitig zu.



Markus Schäfer @onlineschaefer · Jul 7

Es ist so traurig, was @AnjaKarliczek da treibt.

Wenn doch nur alle, die den Willen und das Potenzial haben, die Chance bekämen.

Stattdessen diskriminiert das System durch fehlgeleitete Selektion weiter sozial - u. a. nach Herkunft, Geschlecht & Lebensentwürfen.

#IchbinHanna

Der Sinnhaftigkeit dieses Systems widersprachen nun endlich mehrere kritische Fachgesellschaften, darunter auch die DGPK, in einem offenen Brief vom 29. Juni 2021 an die Bundesministerin mit dem Verweis darauf, dass die aktuelle Wissenschaftspolitik „Promovierende und Postdocs Jahrzehnte in prekären Beschäftigungsverhältnissen hält, sich dabei aber massiv auf ihre Leistungen zur Aufrechterhaltung von Forschung und Lehre stützt, und die Nachhaltigkeit von grundständig finanzierten, für exzellente Forschung und Lehre tragfähige Strukturen verhindert.“ Wie seit langem von Wissenschaftler*innen, Mittelbauinitiativen, Wissenschaftsorganisationen und Gewerkschaften thematisiert wird, hat die Novelle des WissZeitVG im Jahr 2016 weder den Anteil befristeter Stellen reduziert, noch die Aussichten



Annie Waldherr @annie_waldherr · Jun 24

Als ich mit der Promotion anfang, hatte ich zwei „Doktorschwestern“. Wir waren Hanna. Heute sind wir alle drei Professorinnen — im Ausland. Und auch viele andere fähige Kolleg: innen sind ausgewandert, oder denken darüber nach.

#IchWarHanna #IchBinHanna #braindrain

auf einen langfristigen Verbleib in der Wissenschaft verbessert, weil das weiterhin nahezu ausschließlich durch das Erlangen einer der raren Professuren möglich ist. Auch die 1000 Tenure-Track-Professuren und der Hochschulpakt haben kaum zur Verbesserung der Situation beigetragen. Eine von der GEW in Auftrag gegebene Studie der Soziologin Freya Gassmann (2020, S. 137) zeigt: Der einzige positive Effekt der Novelle ist eine leicht höhere Vertragsdauer. Folglich sind laut Bundesbericht wissenschaftlicher Nachwuchs 2021 über 90% der unter 45-Jährigen ohne Professur weiterhin auf befristeten Stellen angestellt. Es wundert daher kaum, dass sich auch in der Kommunikationswissenschaft zunehmend Kolleg*innen für die besseren Chancen im Ausland entscheiden.



Sven Engesser @svengesser · Jun 11

Bei #IchbinHanna ist das Problem, dass wir Professor*innen von einem Durchlauferhitzer profitieren, in dem sich befristet Beschäftigte verausgaben. Erst wenn wir das eingestehen und ablehnen, kann sich etwas ändern.

Im Hinblick auf diese Zahlen und die in der Debatte um #IchBinHanna erneut sichtbar gewordenen systematischen Probleme, muss es unserer Meinung nach ein primäres Ziel sein, durchzusetzen, dass Verträge für die Dauer der Promotion geschlossen werden und in der Postdoc-Phase deutlich früher und planbar auf eine Entfristung hingearbeitet wird. Dafür braucht es laut dem Netzwerk Gute Arbeit in der Wissenschaft neben der Abschaffung des WissZeitVG

auch eine Umstellung von Lehrstuhl- auf Departmentstrukturen, wie sie z.B. an Universitäten in Dänemark oder den USA existieren, die neue Personalmodelle erlauben. Das würde die Schaffung von deutlich mehr Tenure-Track-Professuren oder entfristeten Lecturer-Stellen erlauben, auf welchen hochqualifizierte Forscher*innen und Dozent*innen der Wissenschaft und Lehre erhalten bleiben. Diese Umstellung wäre bei gleichbleibender Ausstattung möglich,

wenn die Anzahl an Promotionsstellen geringfügig reduziert würde. Sogar dieser Einschnitt könnte bei besserer Grundausstattung der Universitäten verhindert werden. Diese Forderungen stehen jedoch sowohl einer zunehmend projektbasierten Finanzierung als auch der momentan vorherrschenden wissenschaftspolitischen Position des BMBF von „Innovation durch Befristung“ entgegen, deren Wirksamkeit laut Gassmann (2020, S. 138) bisher auch nie wissenschaftlich überprüft wurde. Vielmehr scheint es höchst fragwürdig, ob Innovationskraft bei ständiger Sorge um Weiterbeschäftigung und Zukunftsaussichten entfesselt werden kann. Ist es wirklich so, dass wissenschaftliche Exzellenz mit Belastungen für die Gesundheit und Einschnitten in die persönliche Lebensplanung der Mehrheit der Leistungsträger*innen einhergehen muss? Schwächt das nicht letztlich den Wissenschaftsstandort Deutschland und verhindert Gleichstellung, Diversität und Inklusion? Und ist das WissZeitVG nicht eher dysfunktional, wenn risikoarme und schnell verwertbare Forschung für das Vorankommen der Karriere einer innovativen, zeitaufwändigeren Forschung vorgezogen werden muss?

Was #IchBinHanna auch gezeigt hat, ist, wie wenig organisiert der wissenschaftliche Mittelbau leider nach wie vor ist.

Seit Jahren engagieren sich Initiativen und Gewerkschaften bei dem Thema, doch wenige von uns sind Mitglied beim Netzwerk für Gute Arbeit in der Wissenschaft, der GEW oder verdi. #IchBinHanna ist ein Erfolg, weil der zunehmende Unmut so vieler, auch dank jahrelanger Arbeit engagierter Kolleg*innen, erstmals öffentlichkeitswirksam sichtbar geworden ist. Dieser Erfolg baut auf bereits seit 2018 koordinierten Aktionen wie #FristIstFrust, #95vsWissZeitVG und #ACertainDegreeOfFlexibility auf. Wer sich mit den verantwortlichen Initiativen befasst, wird auch feststellen, dass es nicht an Ideen mangelt, um das Wissenschaftssystem besser zu gestalten. Bisher aber fehlt der politische Wille, um Strukturen und Karrierewege neu zu denken. Druck, um Wandel anzustoßen, kommt durch #IchBinHanna nun erstmals gebündelt aus dem Mittelbau und zu unserer Freude auch mit der Unterstützung der DGPK. Doch gehört zu werden, kann nur der Anfang sein – jetzt sollte mit den Verantwortlichen in Politik und Hochschulen um ein Umdenken und Umgestalten gerungen werden.

Verweise und weiterführende Literatur

#IchbinHanna

BMBF-Erklärvideo „Wozu dient das Wissenschaftszeitvertragsgesetz?“ im Webarchiv. <https://web.archive.org/web/20201024205136/https://www.bmbf.de/de/media-video-16944.html>

Webseite der Initiative „#IchBinHanna - Presse und Berichterstattung zu unserer Grassroots-Initiative, die prekäre Arbeit in der Wissenschaft ein Gesicht gibt.“ <https://ichbinhanna.wordpress.com/>

Analysis of Tweets for the #IchBinHanna Campaign. Research Collective (in alphabetic order: David Adler, Migle Bareikyte, Elen Le Foll, Christian Funk, Stefan Laser, Jana Lasser, with additional help from Maria Blöchl, Tim Schatto-Eckrodt) <https://github.com/LaserSteff/ichbinHanna>

Twitter Accounts:

<https://twitter.com/wirsindhanna>; <https://twitter.com/AmreiBahr>;

<https://twitter.com/DrKEichhorn>; https://twitter.com/NGA_Wiss

Politik

Protokoll der aktuellen Stunde „Beschäftigten in der Wissenschaft Respekt zollen – Für sichere Jobs statt Dauerbefristung“ im Deutschen Bundestag – 19. Wahlperiode – 236. Sitzung. Berlin, Donnerstag, den 24. Juni.

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw25-de-aktuelle-stunde-jobs-wissenschaft-849096>

#IchbinHanna – Antwort des BMBF auf die Diskussion in den Sozialen Netzwerken, 17. Juni.

https://www.bmbf.de/de/ichbinhanna---antwort-des-bmbf-auf-die-diskussion-in-den-sozialen-netzwerken-14675.html?utm_source=hootsuite

Video der BMBF Veranstaltung „Karliczek trifft ...“ – Nobelpreisträger Reinhard Genzel. Zitierte Passage 00:27:00 – 00:28:45. <https://www.bmbf.de/de/karliczek-trifft-nobelpreistraeger-reinhard-genzel-14658.html>

Forschung

Gassmann, Freya (2020). Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz. Eine erste Evaluation der Novellierung von 2016. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft: Frankfurt am Main.

https://www.gew.de/fileadmin/media/publikationen/hv/Hochschule_und_Forschung/Broschueren_und_Ratgeber/Evaluation-WissZeitVG-AV-final.pdf

Konsortium Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs (2021). Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2021. wbv Media, 2021.

<https://doi.org/10.3278/6004603aw> <https://www.buwin.de/>

Initiativen

Offener Brief „Wissenschaftszeitvertragsgesetz abschaffen – Grundfinanzierung der Universitäten stärken. Erklärung zahlreicher Wissenschaftsverbände zur Prekarität wissenschaftlicher Laufbahnen und #ichbinhanna“ die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Anja Karliczek.

<https://www.dgpk.de/de/ichbinhanna.html>

Netzwerk für Gute Arbeit in der Wissenschaft (2020). Personalmodelle für Universitäten in Deutschland. Alternativen zur prekären Beschäftigung. Berlin. <https://mittelbau.net/diskussionspapier-personalmodelle-2/diskussionspapier-personalmodelle/>

TAGUNGEN

Fachgruppe: Kommunikations- und Medienethik

Thema der Tagung: Streitkulturen – Medienethische Perspektiven auf gesellschaftliche Diskurse

Mitveranstalter: Netzwerk Medienethik, Akademie für Politische Bildung in Tutzing

Datum der Tagung: 18./19. Februar 2021

Veranstaltungsort: virtuell / Videocall

(Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg)

Teilnehmerzahl: ca. 100

Anzahl der Vorträge: 14

Name der Berichtenden: Marlis Prinzing

Weitere Infos: <https://www.dgpuk.de/de/kommunikations-und-medienethik.html>

Tagungsfazit:

Die Vorträge und Diskussionen befassten sich mit der Rolle von Streit in einer Demokratie und dem Umgang von Medien mit polarisierten aktuellen Debatten: Inwiefern ist aus medienethischer Sicht unter digitalen Bedingungen ein respektvolles Miteinander möglich? Verständnis füreinander entwickeln, sich auf die Sichtweise des Gegenübers einlassen: Das schilderte Zeit online-Chef Jochen Wegner als zentrale Erfahrung des 2016 anlässlich der Bundestagswahl mit seiner Redaktion entwickelten Projekts „Deutschland spricht“. Mehr Lösungsorientierung ist für die Medienethikerin Christiane Woopen ein zentraler Hebel, beschrieb sie am Beispiel der Corona-Berichterstattung. Die Vorträge behandelten die Verantwortung des Publikums sowie die Notwendigkeit weiterer ethischer und digitaler Kompetenzen; es wurden Vorschläge unterbreitet zur Analyse inziviler Kommunikation, eine „Warnampel für Islamfeindlichkeit“ im Internet vorgestellt sowie diskutiert (u. a. mit Carsten Brosda und Otfried Jarren), inwiefern Medienpolitik konstruktive Streitkulturen befördern kann.



Befunde und Reflexionen zu Streitkulturen standen im Mittelpunkt der als Zoom- Meeting veranstalteten Jahrestagung der Fachgruppe Kommunikations- und Medienethik, deren Gastgeber die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg war.

Fachgruppe: Wissenschaftskommunikation

Thema der Tagung: Wissenschaftskommunikation in zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzungen.
5. Jahrestagung der Fachgruppe Wissenschaftskommunikation der Deutschen Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft

Mitveranstalter: keine

Datum der Tagung: 05. Februar 2021

Veranstaltungsort: Digitale Tagung via Zoom

Teilnehmerzahl: ca. 60

Anzahl der Vorträge: 7 inkl. Keynote

Name der Berichtenden: Senja Post und Annika Brenig

Weitere Informationen zur Tagung unter:

[https://www.uni-goettingen.de/de/](https://www.uni-goettingen.de/de/fachgruppentagung+wissenschaftskommunikation/627055.html)

[fachgruppentagung+wissenschaftskommunikation/627055.html](https://www.uni-goettingen.de/de/fachgruppentagung+wissenschaftskommunikation/627055.html)

Tagungsfazit:

Aufgrund der Corona-Pandemie wurde das Tagungsprogramm reduziert und digital angeboten. Inhaltlich beschäftigte sich die Tagung mit der Thematik Wissenschaftskommunikation in zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Im Zentrum standen aktuelle Fragestellungen zu Wissenschaft in Krisenzeiten sowie der Kommunikation aus der Wissenschaft.

Silke Adam referierte in ihrer Keynote über Klimawandelskeptiker*innen und ihre (mögliche) Resonanz in den Massenmedien. Die folgenden Panelvorträge beleuchteten aus unterschiedlichen Blickwinkeln die Chancen und Barrieren bei der Wissenschaftskommunikation in zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzungen. So wurde bspw. eine zunehmend wissenschaftskritische Bevölkerung in verschiedenen Ländern thematisiert. Einen konkreten Beitrag zur Verbesserung des Wissenschaftsjournalismus lieferte ein Beitrag der Gruppe um Markus Lehmkuhl. In Kooperation mit Partnern vom Science Media Centre entwickelten sie den „ExpertExplorer“ – ein Tool, das einschlägige Experten auf der Basis wissenschaftlicher Publikationen identifiziert und damit die Integration wissenschaftlicher Expertise in zivilgesellschaftliche Debatten erleichtert.

Fachgruppe: Kommunikation und Politik

Thema der Tagung: Meinungsbildung und Meinungsmacht in dissonanten Öffentlichkeiten

Mitveranstalter: Arbeitskreis „Politik und Kommunikation“ der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW), Fachgruppe „Politische Kommunikation“ der Schweizerischen Gesellschaft für Kommunikations- und Medienwissenschaft (SGKM)

Datum der Tagung: 12.02.2021

Veranstaltungsort: Digitale Tagung;

Berlin, Weizenbaum Institut für die Vernetzte Gesellschaft

Teilnehmerzahl: 192 TeilnehmerInnen

Anzahl der Vorträge: 18

Name der Berichtenden: Ulrike Klinger

(Tagungsorganisatorin)

Weitere Informationen zur Tagung unter:

<https://www.polkomm2021.de/>

<https://www.dgpuk.de/de/kommunikation-und-politik.html>

Tagungsfazit:

Am 12. Februar 2021 fand die Jahrestagung der Fachgruppe Kommunikation und Politik statt – online und synchron/live, sodass sich trotz des immer noch etwas ungewohnten Formats lebhaft Diskussionen entfalten konnten. Im Zentrum der Tagung standen Fragen der Prozesse und Bedingungen von Meinungsbildung vor dem Hintergrund der Transformation (digitaler) Öffentlichkeiten, im Rahmen derer neue Akteure, Kanäle, Strategien und Dynamiken der Kommunikation an Einfluss gewinnen und Prozesse der Meinungsbildung in zunehmend dissonanten Öffentlichkeiten stattfinden.

Axel Bruns, live aus Australien zugeschaltet, hielt eine Keynote zu Desinformation am Beispiel der Covid/5G-Verschwörungstheorien. Anschließend präsentierten die Teilnehmenden über vier Panels verteilt ihre Vorträge. Dabei entwickelten sich einerseits theoretische Debatten über das Spannungsfeld von Meinungsbildung und Meinungsmacht und die Entstehung dissonanter Öffentlichkeiten, andererseits produktive Diskussionen über neue methodische Ansätze zur Erfassung von Meinungsbildungsprozessen und ihrer Bedingungen. Zum informellen Austausch stand während der gesamten Tagung ein virtueller Garten bei Gathertown zur Verfügung, der von den Teilnehmenden sehr gut angenommen wurde.

Fachgruppe: Rezeptions- und Wirkungsforschung

Thema der Tagung: #RezFoForFuture – Wie können wir als Rezeptions- und Wirkungsforscher*innen zu einer nachhaltigen Gesellschaft beitragen?

Mitveranstalter: keine

Datum der Tagung: 27.01.2021 bis 29.01.2021

Veranstaltungsort: Ursprünglich München; coronabedingt Umstellung auf virtuelles Tagungsformat (via Zoom)

Teilnehmerzahl: 160

Anzahl der Vorträge: 27 (+ Keynote)

Name der Berichtenden: Anna Sophie Kümpel

Weitere Informationen zur Tagung unter:

<https://sites.ifkw.lmu.de/RezFo21/>

Tagungsfazit:

Unter dem Motto #RezFoForFuture fand die Jahrestagung der Fachgruppe zum ersten Mal vollständig virtuell statt. Inhaltlich ging es viel um das Thema Nachhaltigkeit sowie um die Frage, wie Rezeptions- und Wirkungsforschung zu einer nachhaltigeren Gesellschaft beitragen kann. Obwohl der Wechsel zum virtuellen Format primär pandemiebedingt erfolgte, bot sich so die Gelegenheit, ganz bewusst darüber nachzudenken, ob Jahrestagungen auch „in nachhaltig“ funktionieren können – ohne ressourcenintensive Anreisen und mit weniger Teilnahmebarrieren. Das Experiment ist aus unserer Sicht absolut geglückt: Highlights waren neben der Keynote von Harald Lesch und den spannenden Vorträgen in den offenen und themenspezifischen Panels auch die erstmalige Verleihung der mindline media-Awards an herausragende Nachwuchswissenschaftler*innen. Doch auch für den informellen Austausch gab es Raum – etwa in den virtuellen Kaffeepausen oder beim Pubquiz am Freitagabend. Im Vorfeld der Tagung wurde von der Nachwuchsgruppe zudem ein stark nachgefragter Methodenworkshop zum Thema „Einführung in die Mehrebenenanalyse“ angeboten, der von Michael Scharkow geleitet wurde.

Anzeige

Der Mensch als Marke. Das neue Rechtshandbuch zum Influencer-Marketing



Influencer-Marketing

Rechtshandbuch

Von RA Michael Terhaag, LL.M., FAGewRS u FAITR, und
RA Christian Schwarz, LL.M., FAGewRS u FAUrhMedienR

2021, 320 S., geb., 68,- €

ISBN 978-3-8487-7174-5

Das Rechtshandbuch erläutert Werbetreibenden, InfluencerInnen und deren AuftraggeberInnen, worauf sie beim Social Media Marketing achten müssen. Foto-, Urheber- und Wettbewerbsrecht werden ebenso behandelt wie Fragen des allgemeinen Persönlichkeits- und Medienrechts. Auch marken- sowie steuer- und werberechtliche Vorgaben sowie Grundlagen der Vertragsgestaltung werden verständlich erläutert.

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei unter: [nomos-shop.de](https://www.nomos-shop.de)

Bestell-Hotline +49 7221 2104-37 | E-Mail bestellung@nomos.de | Fax +49 7221 2104-43

Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Nomos

NEU ERSCHIENEN

Redaktion: Stefan Weinacht

Die angezeigten Monographien und Sammelbände sind in den letzten Monaten erschienen. Die Liste beruht auf Hinweisen von Autoren sowie auf den Ankündigungen der Verlage Nomos, von Halem und Springer. Wenn Sie Monographien und Sammelbände bei anderen Verlagen publizieren – auch international – und in der Aviso-Liste erscheinen wollen, bitten wir um eine kurze Information per Mail an weinachtstefan@aol.com.

Brüggemann, Michael & Rödder, Simone (eds) (2020). Global Warming in Local Discourses: How Communities around the World Make Sense of Climate Change. Cambridge, UK: Open Book Publishers. 248 S.

Döbler, Thomas; Pentzold, Christian & Katzenbach, Christian (Hg.) (2021). Räume digitaler Kommunikation. Lokalität – Imagination – Virtualisierung. Reihe: Neue Schriften zur Online-Forschung, Bd. 16. Köln: von Halem. 348 S.

Dorer, Johanna; Horak, Roman & Marschik, Matthias (Hg.) (2021). Cultural Studies revisited. Nordlicht/Revontulet - Aufbruch in Österreich und internationale Entwicklung. Wiesbaden: Springer VS. 342 S.

Fischer, Heinz-Dietrich (2021). Inauguration of the Pulitzer Prizes in 1917. Winners and Works in Journalism and Letters. Münster: Lit. 234 S.

Fischer, Heinz-Dietrich (2021). Milestones of American Press History. Selected Writings by Pulitzer Prize Laureates. Münster: Lit. 216 S.

Fischer, Heinz-Dietrich (2021). Touching Images of Delight and Sorrow. Pulitzer Prize Winning Feature Photos. Münster: Lit. 207 S.

Godemann, Jasmin & Bartelmeß, Tina (Hg.) (2021). Ernährungskommunikation. Interdisziplinäre Perspektiven – Theorien – Methoden. Wiesbaden: Springer VS. 423 S.

Kepplinger, Hans Mathias (2021). Risikofallen und wie man sie vermeidet. Köln: von Halem. 198 S.

Kiefer, Markus (2021). Kommunikations-Kompetenz. Wege zu einer zeitgemäßen Führungskräfte- und Organisationskommunikation. Rechtsverlag/Hötzel, RFS & Partner. 208 S.

Kiefer, Markus (2021). Moderne Unternehmenskommunikation. Bausteine und Vorschläge für die Praxis. Rechtsverlag/Hötzel, RFS & Partner. 48 S.

Krämer, Benjamin (2021). Fallbeispieleffekte. 2., aktualisierte Auflage. Baden-Baden: Nomos. 145 S.

Kunz, Sibylle (2021). Usability digitaler Lesemedien. Konzeption und empirische Evaluation eines Referenzmodells am Beispiel digitaler Fachzeitschriften. Baden-Baden: Nomos. 361 S.

Lünenborg, Margreth; Sūna, Laura; Töpper, Claudia & Maier, Tanja. (2021). Affektive Medienpraktiken. Emotionen, Körper, Zugehörigkeiten im Reality TV. Wiesbaden: Springer VS. 306 S.

Milde, Jutta; Welzenbach-Vogel, Ines C. & Dern, Maren (Hg.) (2021). Intention und Rezeption von Wissenschaftskommunikation. Köln: von Halem. 216 S.

Palandt, Ralf (Hg.) (2021). Anne Frank im Comic. Berlin: Christian Bachmann Verlag, 248 S.

Prinzing, Marlis & Blum, Roger (Hg.) (2021). Handbuch politischer Journalismus. Köln: von Halem. 909 S.

Reifegerste, Doreen (Hg.) (2021).

PR und Organisationskommunikation im Gesundheitswesen. Interdisziplinäre Perspektiven auf Wertehorizonte und deren Spannungsfelder. Wiesbaden: Springer VS. 190 S.

Schönhagen, Philomen & Meißner, Mike (2021).

Kommunikations- und Mediengeschichte. Von Versammlungen bis zu den digitalen Medien. Köln: von Halem. 196 S.

Stapf, Ingrid; Ammicht Quinn, Regina; Friedewald,

Michael; Heesen, Jessica & Krämer, Nicole (2021). Aufwachsen in überwachten Umgebungen. Interdisziplinäre Positionen zu Privatheit und Datenschutz in Kindheit und Jugend. Baden-Baden: Nomos. 381 S.

Stehr, Paula (2021). Soziale Unterstützung in Online-Kommunikationsmodi. Die Perspektive der prosozial Handelnden.

Köln: von Halem. 336 S.

von Mirbach, Alexis & Meyen, Michael (2021).

Das Elend der Medien. Schlechte Nachrichten für den Journalismus. Köln: von Halem. 360 S.

Vorderer, Peter & Klimmt, Christoph (eds.) (2021).

The Oxford handbook of entertainment theory. New York: Oxford University Press. 840 S.

Wagner, Hans & Schönhagen, Philomen (Hg.) (2021).

Qualitative Methoden der Kommunikationswissenschaft. 3. Auflage. Baden-Baden: Nomos. 421 S.

Weder, Franzisca; Krainer, Larissa & Karmasin, Matthias (eds.) (2021).

The Sustainability Communication Reader. A Reflective Compendium. Wiesbaden: Springer VS. 591 S.

Wolff, Volker; Schultz, Tanjev & Kieslich, Sabine (2021).

Zeitungs- und Zeitschriftenjournalismus. Schreiben für Print und Online. Reihe: Praktischer Journalismus, Bd. 67. 3., vollständig überarbeitete Auflage. Köln: von Halem. 350 S.

Zabel, Christian; Telkmann, Verena & Heisenberg, Gernot (2021).

Cross Reality (XR) in Deutschland. Struktur, Potenziale und Bedarfe der deutschen Virtual Reality-, Augmented Reality- und Mixed Reality-Branche. Baden-Baden: Nomos. 146 S.

NACHRICHTEN UND PERSONALIEN

Dr. Christian Katzenbach ist auf eine Professur für Kommunikations- und Medienwissenschaft mit dem Schwerpunkt Mediengovernance und Plattformökonomie am Zentrum für Medien-, Kommunikations- und Informationsforschung (ZeMKI) der Universität Bremen berufen worden. Zuvor war er Forschungsgruppenleiter am Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft (HIIG) in Berlin, sowie Vertretungsprofessur für Kommunikationspolitik und Medienökonomie an der Freien Universität Berlin. Am ZeMKI wird er ein Lab „Platform Governance, Media, and Technology“ aufbauen, das die Wechselwirkungen zwischen Regulierung, Diskursen und der

Entwicklung von Technologien und Geschäftsmodellen untersucht. Erste internationale Forschungsprojekte (DFG, H2020) beschäftigen sich mit der Formation und der Regulierung von Plattformen und „Künstlicher Intelligenz“. Darüber hinaus wird das Lab Infrastrukturen für Forschungsdaten in diesem Feld aufbauen („Platform Governance Archive“, <https://pga.hiig.de>).

Hier sind wir auf Hinweise angewiesen. Wir bitten Sie um eine kurze Information, wenn Sie einen Ruf angenommen, eine Gast- oder Vertretungsprofessur wahrgenommen, ein Amt übernommen, einen Preis erhalten haben oder habilitiert wurden.

Die Sirenen werden wiederentdeckt

Walter Hömberg

Das Thema „Kommunikation und Medien“ hat in den Debatten vor der Bundestagswahl keine zentrale Rolle gespielt. In einem Punkt stimmten fast alle Parteien überein: Der Ausbau der Digitalisierung bleibt eine zentrale Aufgabe der kommenden Jahre. Das schnelle Internet geistert durch alle Wahlprogramme. Der gemächlich dahinplätschernde Vorwahlkampf, der sich hauptsächlich um Personalien und Marginalien drehte, bekam dann allerdings eine unvorhergesehene Wende: Das Sturmtief „Bernd“ verursachte die größte Naturkatastrophe der Nachkriegszeit. Mehr als 180 Menschen fanden in den Wassermassen den Tod. Nach den spontanen Rettungsaktionen und den ersten Aufräumarbeiten in den zerstörten Dörfern und Städten wurde schon bald der Katastrophenschutz ins Visier genommen. Dabei zeigte sich, dass die hierzulande gängigen Verfahren der Katastrophenwarnung unzureichend und fehleranfällig sind.

Die Verbesserungsvorschläge gingen in unterschiedliche Richtungen: Während die einen das Heil im Ausbau der digitalen Informationstechnik sehen (Cell Broadcast heißt hier die Devise), schwören andere auf früher bewährte Methoden wie die Sirenenwarnung. Sogar das traditionelle „Wetterläuten“ der Kirchenglocken wurde wieder ins Spiel gebracht.



Pneumatic Siren, Foto: Thomas Schulze, CC-BY-SA-3.0

Die Sirene, laut Brockhaus-Enzyklopädie ein „Gerät zum Erzeugen eines weithin hörbaren Schallsignals durch periodische Unterbrechung eines Luftstroms“, wurde 1919 erfunden. Sie dient der Signalübertragung im Alarmfall. Unsere Eltern und Großeltern haben noch die Bombenalarme erlebt, die alle in die Luftschutzkeller trieben. Jahrzehntlang wurde auch später noch einmal wöchentlich Probealarm gegeben, um die Funktionsfähigkeit der Anlagen zu überprüfen. Der Feueralarm sollte nicht nur die Bevölkerung warnen, sondern auch die Rettungskräfte zum Einsatz rufen.

Den Namen „Sirene“ verdanken die mechanischen Luftwirbler dem französischen Ingenieur Charles Cagniard de la Tour. Vor zweihundert Jahren taufte er sie nach jenen Zwitterwesen aus Frauengestalten und Greifvögeln, die laut griechischer Mythologie die Vorbeifahrenden mit lieblichen Gesängen auf ihre Insel lockten, um sie dort zu töten. Um gegen diese Gefahr gewappnet zu sein, ließ Odysseus seinen Gefährten die Ohren mit Wachs verstopfen und sich selbst an den Schiffsmast binden. So originell ein solcher Rückgriff auf die antike Heldenepik auch scheint – ganz präzise ist er nicht: Die Sirenen Homers sandten Locksignale aus, während ihre technischen Nachfolgerinnen Warnsignale von sich geben.

Für Kommunikationswissenschaftlerinnen und Kommunikationswissenschaftler ist ein Rückgriff auf alte Signaltechniken nichts Neues. Fast gleichzeitig mit der Erfindung des französischen Ingenieurs hat ein bayerischer Doktorand als Grundprinzip der Entwicklung des Nachrichtenwesens herausgestellt, dass „die einfachsten Mittel, Formen und Methoden, wenn sie nur einmal eingebürgert und brauchbar befunden worden sind, auch von den vollkommensten und höchst entwickelten niemals wieder gänzlich und dauernd verdrängt und außer Gebrauch gesetzt werden können, sondern sich neben diesen erhalten, nur daß sie genötigt werden, andere Aufgaben und Verwertungsgebiete aufzusuchen“. So Wolfgang Riepl 1911 in seiner Dissertation über das Nachrichtenwesen der Römer.

Neue Techniken wie Druck, Elektrizität und Digitalisierung haben die Nachrichtenübermittlung revolutioniert. In immer kürzeren Zeitabschnitten sind neue Medien auf die Welt gekommen: Schallplatte, Tonkassette, Video, CD, Social Media, multimedialer Mobilfunk etc. pp. In kommunikativen Nischen haben einige der frühen Signalsysteme jedoch



Sirene am Haus, Foto: Ben Pham, Unsplash

überlebt: So das Rauchzeichen nach dem Konklave bei der Papstwahl, das Relaisystem der Fackelübergabe vor Beginn der Olympischen Spiele und die akustischen und optischen Signale bei der Schifffahrt – dort gibt es neben dem Flaggenalphabet sogar ein eigenes Flaggensignal für „Tripper an Bord“.

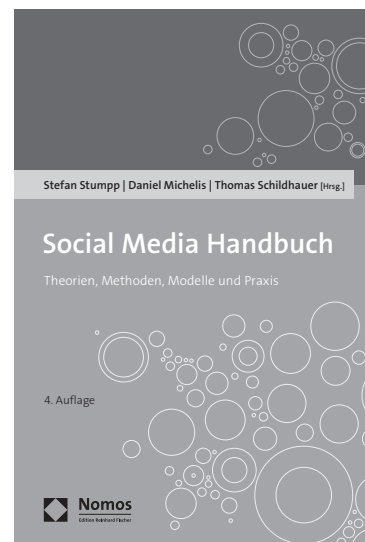
Mit den jeweils neuen Generationen von Speichermedien muss man immer auch die dazu gehörenden Abspielgeräte aufbewahren. Dass man die Tonbänder mit den Aufnahmen von eigenen Hörfunksendungen nicht mehr abhören kann, das merkt man spätestens, wenn die Kinder mit Hammer, Zange und Schraubenzieher das alte Tonbandgerät in seine Bestandteile zerlegt haben. Der Diaprojektor funktioniert zwar noch, aber die gerahmten Urlaubsfotos von anno dazumal sind schon arg verblichen.

Im September des vergangenen Jahres hat das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe einen „Katastrophenwarntag“ durchgeführt. Das Ergebnis war katastrophal – und kostete den damaligen Amtschef seinen Job. Eine der schon damals avisierten Konsequenzen: die Erneuerung und der Ausbau des Warnsystems durch Sirenen soll nach den jüngsten dramatischen Erfahrungen mit Starkregen und Überschwemmungen jetzt endlich umgesetzt werden. Ein Blick zurück nach vorn also.

Es ist immer gut, an Reserven zu denken. So haben die französischen Eisenbahner traditionell einen Notfallkoffer an Bord. Er enthält auch Fackeln, Signalkapseln und Knallergbsen zur Warnung entgegenkommender Züge – falls Funk und Elektronik versagen. So ist man für alle Fälle gerüstet.

»eine Pflichtlektüre«

RA Ralf Hansen, juralit.com März 2016, zur Voraufgabe



Social Media Handbuch

Theorien, Methoden, Modelle und Praxis

Herausgegeben von Dr. Stefan Stumpp,

Prof. Dr. Daniel Michelis und

Prof. Dr. Dr. Thomas Schildhauer

Unter Mitarbeit von Thanh H. Pham

4., aktualisierte und erweiterte Auflage 2021,

402 S., brosch., 44,– €

ISBN 978-3-8487-6611-6

Das Handbuch, das nunmehr in 4., umfassend aktualisierter und erweiterter Neuauflage vorliegt, begleitet langfristige Entwicklungen im sich ständig wandelnden Social-Media-Bereich und erklärt grundsätzliche Zusammenhänge. Es beschreibt ein kompaktes Strategiemodell für die Entwicklung eigener Lösungen, fasst Theorien, Methoden und Modelle führender AutorInnen zusammen und zeigt deren praktische Anwendung anhand von Fallbeispielen.

 Nomos
eLibrary nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen
unter nomos-shop.de

Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Nomos

Fragen an den Neuberufenen.

Dr. Florian Meißner, Macromedia Hochschule Köln



Dann hätte ich sicher im Umfeld von Medien, Journalismus und Wissenschaft eine „Anschlussverwendung“ gefunden.

Welches Medienthema treibt Sie derzeit besonders um? Warum?

Bedingt durch meinen Forschungsschwerpunkt zum einen die großen Krisen unserer Zeit: die Corona-Pandemie und der Klimawandel, damit verbunden dann auch die jüngste Flutkatastrophe. Zum anderen der bisher doch recht seltsame Bundestagswahlkampf: Obwohl es sich wahrlich um eine richtungsweisende Wahl und große Themen wie die oben genannten handelt, handelt der Wahlkampf kommunikativ vor allem von persönlichen Fehltritten und fragwürdigen politischen Attacken.

Heute dürfen Sie eine wissenschaftspolitische Entscheidung treffen. Welche?

Wenn ich schon die Möglichkeit habe, würde ich gerne gleich ein ganzes Reformpaket auf den Weg bringen. Die Diskussion rund um #ichbinHanna hat nur einige der Themen, die schon lange schwelen, wieder stärker ins Bewusstsein gerückt. Das Wissenschaftssystem in Deutschland braucht sicherlich Wettbewerb und ein gewisses Maß an Flexibilität. Es braucht aber auch klare und sichere Perspektiven für den wissenschaftlichen Mittelbau.

Für welche wissenschaftliche Leistung soll man sich einmal an Sie erinnern?

Für die Entwicklung strategischer, evidenzbasierter Ansätze für eine effektive Sicherheitskommunikation vor und während Krisensituationen – zur Tragik vieler Krisen und Katastrophen gehört, dass entsprechende Warnungen vorher ignoriert wurden. Die jüngste Flutkatastrophe ist dafür nur ein Beispiel.

Was ist Ihnen in der Lehre besonders wichtig?

Den Studierenden Begeisterung zu vermitteln, mit ihnen in eine erkenntnisfördernde Interaktion zu treten – und sie in ihrer Entwicklung zu begleiten.

Welche Ziele haben Sie sich für Ihre Professur gesetzt?

Mir ist besonders die Ausbildung unserer Studierenden (in Medien-/Kommunikationsmanagement und Journalistik) wichtig: Nach ihrem Abschluss an der Hochschule Macromedia sollen sie in ihren jeweiligen Kommunikationsberufen professionell, souverän und verantwortlich agieren können. Zugleich möchte ich meine Forschungsschwerpunkte Krisenkommunikation und internationaler Journalismus weiter ausbauen.

Was hat sich in Ihrem Leben durch die Berufung verändert?

Ich spüre – erfreulicherweise – wesentlich mehr (Eigen-) Verantwortung. Zugleich hat sich mein Arbeitsschwerpunkt verschoben: Als Postdoc an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf habe ich mich zuletzt fast nur mit Forschung beschäftigt. Als Professor einer Hochschule für angewandte Wissenschaften bin ich dagegen ganz besonders in der Lehre engagiert.

Falls es mit dem Ruf nicht geklappt hätte – was war Ihr Plan B?

Worüber können Sie als Wissenschaftler immer noch staunen?

Wenn wissenschaftliche Evidenz ignoriert oder zurückgewiesen wird, weil sie nicht in die jeweilige Weltanschauung passt.

Ein Text oder Film, der Ihnen besonders am Herzen liegt?

„Der Prozess“ von Franz Kafka. Ein dichtes, aufrüttelndes und vieldeutiges Buch.

Schenken Sie uns zum Abschluss ein spannendes Zitat!

Warum ausgerechnet dieses?

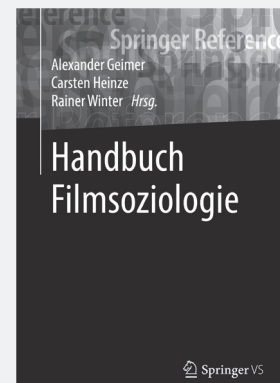
„Die Logik ist zwar unerschütterlich, aber einem Menschen, der leben will, widersteht sie nicht.“ (Franz Kafka, Der Prozess)

Zur Person: Dr. Florian Meißner ist seit 1. Januar 2021 Professor für Medienmanagement und Journalistik an der Macromedia Hochschule in Köln. Forschungsschwerpunkte sind international vergleichende Kommunikationsforschung sowie Krisenkommunikation. Er lehrt in den Bachelor-Studiengängen Medien- und Kommunikationsmanagement und Journalistik sowie im Master Medien- und Kommunikationsmanagement. Meißner studierte Journalistik und Soziologie an der Technischen Universität Dortmund und promovierte dort anschließend am Lehrstuhl für TV- und Crossmedialen Journalismus von Prof. Michael Steinbrecher zur deutschen und japanischen Medienberichterstattung über die Fukushima-Katastrophe. Während der Dissertation forschte Florian Meißner zunächst als Stipendiat der Japanese Society for the Promotion of Science an der Tohoku Universität (Japan) und schließlich als Fellow der u. a. von Prof. Barbara Thomaß und Prof. Susanne Fengler geleiteten School of International and Intercultural Communication (TU Dortmund). Nach der Promotion folgten wissenschaftliche Mitarbeiter an den Universitäten Dortmund und Düsseldorf. Vor und teilweise auch noch während seiner akademischen Laufbahn war Florian Meißner als freier Journalist tätig, v. a. für öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten. Seit 2019 berät er das Medien-Start-up NewsGuard, das sich gegen Falsch- und Desinformation wendet.

Das Interview führte Saskia Sell, die Beantwortung erfolgte schriftlich.



Grundlagenwerk



A. Geimer, C. Heinze, R. Winter(Hrsg.)

Handbuch Filmsoziologie

2021, XIV, 1481 S. 43 Abb., 33 Abb. in Farbe. In 2 Bänden, nicht einzeln erhältlich. Geb. € (D) 199,99 | € (A) 205,60 *CHF 220.50

ISBN 978-3-658-10728-4

€ 89,99 | *CHF 100.00

ISBN 978-3-658-10729-1

(eBook)

- Grundlagenwerk, das einen umfassenden Überblick über den State of the art bietet
- Wichtigste Forschungsentwicklungen erstmals im Überblick (international wie national)
- Renommeeierte Autoren

€ (D): gebundener Ladenpreis in Deutschland, € (A): in Österreich. *: unverbindliche Preisempfehlung. Alle Preise inkl. gesetzl. MwSt.

Part of **SPRINGER NATURE**

springer-vs.de

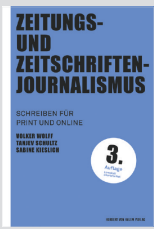
A106222



B. JUNG / K. SACHS-HOMBACH /
L. R.A. WILDE (Hrsg.)
Agency postdigital.
Verteilte Handlungsmächte
in medienwissenschaftlichen
Forschungsfeldern
2021, 264 S., 25 Abb.,
Broschur, dt./engl.
ISBN (Print) 978-3-86962-502-7
ISBN (PDF) 978-3-86962-503-4



MARLIS PRINZING / ROGER BLUM
(Hrsg.)
**Handbuch politischer
Journalismus**
2021, ca. 912 S., Hardcover, dt./engl.
ISBN (Print) 978-3-86962-240-8
ISBN (PDF) 978-3-86962-239-2



VOLKER WOLFF / TANJEV SCHULTZ /
SABINE KIESLICH
**Zeitungs- und
Zeitschriftenjournalismus.**
Schreiben für Print und Online
Praktischer Journalismus, 67
2021, 3. Aufl., 392 S., Broschur, dt.
ISBN (Print) 978-3-7445-2053-9
ISBN (PDF) 978-3-7445-2054-6



MARCO BERTOLASO
Rettet die Nachrichten!
Was wir tun müssen, um besser
informiert zu sein
*Schriften zur Rettung des öffentlichen
Diskurses, 6*
2021, 360 S., Broschur, dt.
ISBN (Print) 978-3-86962-493-8
ISBN (PDF) 978-3-86962-494-5
ISBN (EPUB) 978-3-86962-520-1



HERMANN ROTERMUND
Nach dem Rundfunk.
Die Transformation eines
Massenmediums zum
Online-Medium
2021, 380 S., 3 Abb., Broschur, dt.
ISBN (Print) 978-3-86962-556-0
ISBN (PDF) 978-3-86962-557-7
ISBN (ePub) 978-3-86962-558-4



NICHOLAS QYLL
Visual Person Branding.
Eine frame-analytische
Betrachtung ikonischer
Personenmarken
2021, 552 S., 62 Grafiken, 21 Tab.,
über 200 Abb., Klappenbroschur, dt.
ISBN (Print) 978-3-86962-579-9
ISBN (PDF) 978-3-86962-580-5



NINA ELVIRA STEINDL
Geleitet von Vertrauen?
Determinanten und
Konsequenzen des Vertrauens
von JournalistInnen in
Deutschland
2021, 364 S., 6 Abb., 45 Tab.,
Broschur, dt.
ISBN (Print) 978-3-86962-490-7
ISBN (PDF) 978-3-86962-489-1



ANDREAS VEITS
Narratologie des Bildes.
Zum narrativen Potenzial
unbewegter Bilder
2021, ca. 340 S., Broschur, dt.
ISBN (Print) 978-3-86962-596-6
ISBN (PDF) 978-3-86962-597-3



STEPHAN RUSS-MOHL /
CHRISTIAN P. HOFFMANN (Hrsg.)
Zerreißproben.
Leitmedien, Liberalismus und
Liberalität
*Schriften zur Rettung des öffentlichen
Diskurses, 4*
2021, 256 S., Broschur, dt.
ISBN (Print) 978-3-86962-535-5
ISBN (PDF) 978-3-86962-538-6



ALEXIS VON MIRBACH /
MICHAEL MEYEN
Das Elend der Medien.
Schlechte Nachrichten für den
Journalismus
2021, 360 S., 1 Tab., Broschur, dt.
ISBN (Print) 978-3-86962-591-1
ISBN (PDF) 978-3-86962-587-4
ISBN (ePub) 978-3-86962-564-5



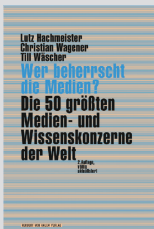
ANDREA PERTHEN
Korruption kritisieren.
Die Genese politischer
Korruptionsskandale in
der frühen Bundesrepublik
Deutschland
2021, 380 S., Broschur, dt.
ISBN (Print) 978-3-86962-610-9
ISBN (PDF) 978-3-86962-611-6



ANJA PELTZER / JÖRN AHRENS
(Hrsg.)
Politik der Grenze.
Interdisziplinäre Perspektiven
auf die Frontier im Western
der Gegenwart
2021, 312 S., 36 Abb., Broschur, dt.
ISBN (Print) 978-3-86962-585-0
ISBN (PDF) 978-3-86962-586-7



ANDREAS HEPP
**Auf dem Weg zur digitalen
Gesellschaft.**
Über die tiefgreifende
Mediatisierung der sozialen Welt
2021, ca. 352 S., 8 Abb., 3 Tab.,
Broschur, dt.
ISBN (Print) 978-3-86962-599-7
ISBN (PDF) 978-3-86962-595-9
ISBN (ePub) 978-3-86962-561-4



L. HACHMEISTER / T. WÄSCHER /
C. WAGENER
Wer beherrscht die Medien?
Die 50 größten Medien- und
Wissenskonzerne der Welt
2021, 2. Auflage, ca. 600 S.,
Broschur, dt.
ISBN (Print) 978-3-86962-582-9
ISBN (PDF) 978-3-86962-583-6



HANS MATHIAS KEPPLINGER
**Risikofallen
und wie man sie vermeidet**
2021, 198 S., 22 Abb., 7 Tab.,
Broschur, dt.
ISBN (Print) 978-3-86962-614-7
ISBN (PDF) 978-3-86962-615-4
ISBN (ePub) 978-3-86962-616-1